



DGO Rundbrief
1/2014

Inhalt 1/2014

Brief der Geschäftsführerin	3
------------------------------------	---

Veranstaltungskalender

Aktivitäten der Geschäftsstelle	4
Aktivitäten der Zweigstellen	6

Publikationen

OSTEUROPA	10
OSTEUROPA-Recht	13
Länderanalysen	14

Mitglieder

Protokoll der Mitgliederversammlung	16
Münsteraner Erklärung	19
Personalien	21
Veröffentlichungen	21

Tagungsberichte

Putins dritte Amtszeit	22
Sexuelle Vielfalt und ihre Feinde in Osteuropa	23
Wie geht es weiter mit der Ukraine?	25
Ukraine: Soviet Past – European Future?	26
Die Rolle und die Bedeutung Berg-Karabachs in der Entwicklung des Süd-Kaukasus	27
Der Erste Weltkrieg im Osten Europas	28
Die Ukraine – Europäische Reflexionen	32
Die EU und ihre Skeptiker nach der Wahl	35

Impressum	37
------------------	----

Brief der Geschäftsführerin

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

die Ukraine stand auch im ersten Halbjahr dieses Jahres im Fokus der DGO. Der politische Umsturz in Kiew im Februar und die anschließende Abspaltung und Annexion der Krim durch die Russländische Föderation wurden auf der Mitgliederversammlung der DGO in Münster Anfang April eingehend diskutiert. Auf Initiative des Vorstands verabschiedeten einige Mitglieder im Anschluss daran eine Erklärung, die auf der Jahrestagung in Münster vorgestellt und in den darauffolgenden Wochen von mehr als 200 Personen unterzeichnet wurde. Das Protokoll der Mitgliederversammlung, der Bericht der Jahrestagung und die Münsteraner Erklärung sind im vorliegenden Rundbrief abgedruckt.

Die DGO veranstaltete auch in Berlin eine größere Zahl von Diskussionen und Vorträgen zur Ukraine, an denen sich die schnelllebige Entwicklung der letzten Monate ablesen lässt. Unmittelbar vor dem politischen Umsturz erörterte der damalige Botschafter der Ukraine in Deutschland und heutige ukrainische Außenminister, Pavlo Klimkin, auf einer Podiumsdiskussion in Berlin die weiteren Perspektiven der Ukraine. Eine sechsteilige Veranstaltungsreihe „Die Ukraine. Europäische Reflexionen“, die die DGO in Kooperation mit dem Literaturhaus Berlin und anderen Partnern im April und Mai durchführte, beleuchtete die Erwartungen der unterschiedlichen Strömungen in der ukrainischen Protestbewegung, die politischen Handlungsspielräume der neuen Regierung sowie Optionen der künftigen Orientierung der Ukraine in Europa. Auch viele Zweigstellen der DGO nahmen die politische Krise in der Ukraine und den Einfluss Russlands auf die Entwicklungen zum Anlass für Veranstaltungen mit breiter öffentlicher Wahrnehmung.

Schließlich widmen auch die Länderanalysen sowie die Zeitschrift OSTEUROPA den aktuellen Ereignissen in der Ukraine und in Russland große Aufmerksamkeit. Nach einem Themenschwerpunkt „Im Namen des Volkes. Revolution und Reaktion“ zu Beginn des Jahres erscheint in den nächsten Tagen ein Themenheft OSTEUROPA mit dem Titel „Zerreißprobe. Die Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg“. Die Zeitschrift OSTEUROPA-Recht plant im Herbst dieses Jahres ebenfalls einen Themenschwerpunkt Ukraine.

Dass die DGO die anderen ostmittel- und osteuropäischen Staaten nicht aus dem Blick verliert, zeigen die Übersicht über die weiteren Veranstaltungen, die im ersten Halbjahr stattfanden, sowie die Informationen zu den kommenden Fachtagungen. Diese beschäftigen sich unter anderem mit der neuen Populärkultur in Russland, dem Raum Ostmitteleuropa als Zielregion für Migration im 20. Jahrhundert sowie mit der heutigen Justiz in Osteuropa. Die Termine der einzelnen Tagungen finden Sie in der Veranstaltungsvorschau dieses Rundbriefs.

Wie bereits im letzten Rundbrief angekündigt, hat ein Wechsel in der Geschäftsstelle stattgefunden. Im März dieses Jahres habe ich die Geschäftsführung der DGO erneut übernommen. Einigen von Ihnen bin ich aus den Jahren 2010 und 2011 noch bekannt, in denen ich meine Vorgängerin, Dr. Heike Dörrenbächer, vertreten habe. Ich freue mich sehr über die Möglichkeit, bereits vertraute Mitglieder wieder zu sehen und mit neuen in Kontakt zu kommen und mit Ihnen gemeinsam die Arbeit der DGO in den kommenden Jahren zu gestalten.

Mit herzlichen Grüßen,
Ihre



Dr. Gabriele Freitag
- Geschäftsführerin -

Veranstaltungskalender

GESCHÄFTSSTELLE

VORSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
4.-6. Juli 2014, Berlin Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46-48, 14193 Berlin	17. Fachtagung Slavistik Katastrophe, Unruhe und Verheißung. Neue Populärkultur in Russland und im östlichen Europa seit 2000	In Kooperation mit dem Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft der Johannes- Gutenberg-Universität Mainz in Germersheim
11. Juli 2014, Berlin Collegium Hungaricum – Balassi Institut Dorotheenstraße 12, 10117 Berlin	Fachtagung Geschichte Zielregion Ostmitteleuropa – Migration im 20. Jahrhundert	In Kooperation mit dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (GWZO), dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung und dem Collegium Hungaricum Berlin
18.-20. Juli 2014 Berlin	22. JOE-Tagung Grenzen in Osteuropa: Neudefinierung, Öffnung, Auflösung?	
20.-22. November 2014, Berlin	Fachtagung Recht Justiz in Osteuropa	In Kooperation mit dem Fachbereich Rechtswissenschaft am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
27.-29. November 2014 Kardinal-Döpfner-Haus Domberg 27, 85354 Freising	Fachtagung Religion The Churches in the Ukrainian Crisis	In Kooperation mit dem Ökumenischen Institut der Westfälischen Wilhelms- Universität Münster

GESCHÄFTSSTELLE

RÜCKSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
28. Januar 2014, Berlin	Podiumsdiskussion Homosexualität und ihre Feinde. Zur Lage in Tschechien und Russland	In Kooperation mit dem Tschechischen Zentrum
31. Januar 2014, Berlin	Podiumsdiskussion Putins dritte Amtszeit: Systemkrise und Staatskunst in Russland	(Tagungsbericht auf Seite 22)
5. Februar 2014, Berlin	Podiumsdiskussion Sexuelle Vielfalt und ihre Feinde in Osteuropa	In Kooperation mit der Initiative queer nations e. V. und der taz.tageszeitung (Tagungsbericht auf Seite 23)

14. Februar 2014, Berlin	Podiumsdiskussion Nach dem Scheitern des Assoziierungsabkommens und eskalierenden Demonstrationen: Wie geht es weiter mit der Ukraine?	In Kooperation mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum e. V. (Tagungsbericht auf Seite 25)
12.–13. März 2014, Frankfurt/Oder	Tagung 12. Frankfurter Medienrechtstage Gewährleistung der Medienfreiheit in Europa – trotz totaler Überwachung?	In Kooperation mit den Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder
27. März 2014, Berlin	Vortrag Ukraine: Soviet Past, European Future? Vortrag von Timothy Snyder	In Kooperation mit dem Bard College Berlin, dem Hannah-Arendt-Center am Bard College New York und dem Institute for Cultural Inquiry Berlin (Tagungsbericht auf Seite 26)
1. April 2014, Berlin	Podiumsdiskussion Die Rolle und die Bedeutung Berg-Karabachs in der Entwicklung des Südkaukasus	In Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin (Tagungsbericht auf Seite 27)
2. April 2014, Berlin	Podiumsdiskussion Bronisław Geremek und sein Vermächtnis für Europa	In Kooperation mit dem Berliner Wissenschaftsverlag, der Botschaft der Republik Polen, der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft
3.–4. April 2014, Münster	DGO-Jahrestagung Der Erste Weltkrieg im Osten Europas	In Kooperation mit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und der Stadt Münster (Tagungsbericht auf Seite 28)
15. April 2014, Berlin	Veranstaltungsreihe Die Ukraine. Europäische Reflexionen. Der Maidan als Agora	In Kooperation mit der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, dem Literaturhaus Berlin, dem Suhrkamp-Verlag, der Volksbühne Berlin, dem Polnischen Institut Berlin, der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und dem German Marshall Fund of the United States (Tagungsbericht auf Seite 32)
22. April 2014, Berlin	Sprache und Nation	
29. April 2014, Berlin	Geschichte und Erinnerung	
7. Mai 2014, Berlin	Aufbruch. Umbruch. Durchbruch? Die Ukraine vor den Wahlen	
13. Mai 2014, Berlin	„Habt ein Auge auf die Ukraine!“ Die Lehren von 1989	
20. Mai 2014, Berlin	Ukraina – Kultur an der Grenze. Der Grenzraum als Kontaktzone	
26. Mai 2014, Berlin	Podiumsdiskussion Die Ukraine nach den Wahlen: Ist Stabilität möglich?	In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, dem Deutsch-Ukrainischen Forum, dem Ukrainian Crisis Media Center und dem International Centre for Policy Studies
28. Mai 2014, Berlin	Podiumsdiskussion Sieg auf ganzer Linie? Die EU und ihre Skeptiker nach der Wahl	In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung (Tagungsbericht auf Seite 35)

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
BAMBERG		
1. Juli 2014	Vortrag Innensichten einer Atomstadt. Technik-, Stadt- und Umweltgeschichte an der (post-) sowjetischen Peripherie (1970-2013)	Dr. Anna Veronika Wendland (Marburg) <i>Universität Bamberg, Raum U2/00.25, An der Universität 2, 96047 Bamberg</i>
BOCHUM		
3. Juli 2014	Vortrag Sowjetpathos und Klassizität. Evgenij Evtushenkos autobiographische Selbstpräsentation	Prof. Dr. Ulrich Schmid (St. Gallen)
4. Juli 2014	Vortrag Literatur und Repression in Russland. Formen der Dissidenz seit dem Prozess gegen Joseph Brodsky	Olga Rozenbljum (Moskau)
FREIBURG		
10. Juli 2014	Vortrag „Viel Kompliziertes – da heißt es, denken und sitzen...“. Arbeitstagebücher des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Leonid Brežnev	Prof. Dr. apl. Victor Dönninghaus (Lüneburg) <i>Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Raum 1023, Platz der Universität 3, 79098 Freiburg</i>
24. Juli 2014	Vortrag Die Macht über das Politbüro. Brežnevs Scenario of Power	Prof. Dr. Susanne Schattenberg (Bremen) <i>Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Raum 1023, Platz der Universität 3, 79098 Freiburg</i>
KIEL		
4. Juli 2014	Internationale Konferenz The Future of Cooperation between the EU and Ukraine	In Kooperation mit dem Institut für Osteuropäisches Recht Universität Kiel, dem Kiel Center for Eurasian Economic Law, dem Verein Ostrecht Kiel, der Taras-Schewtschenko-Universität Kiew und dem IMB <i>Schleswig-Holsteinischer Landtag, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel</i>
MÜNCHEN		
1. Juli 2014	Vortrag The Entangled Eastern Front in World War I and the Making of the Ukrainian State	Professor Mark von Hagen (Arizona State University) In Kooperation mit der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München <i>Hauptgebäude der LMU München, Raum M114, Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München</i>

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
BOCHUM		
20. Mai 2014	Vortrag Der Mythos vom dicken Strich. Entpolitisierung und Zerfall der Staatssicherheit in Polen 1989/90	Prof. Dr. Joachim von Puttkamer (Jena)
17. Juni 2014	Vortrag Die Gesellschaft <i>Memorial</i> heute	Dr. Vera Ammer (Euskirchen)
BREMEN		
10. Juni 2014	Vortrag From Critical Patriotism to National Memory? Dissidence, Human Rights and National Identity in East Central Europe from Late- to Post-Socialism	Michal Kopeček (Prag)
DÜSSELDORF		
18. Juni 2014	Vortrag Wie die Ukraine-Krise die euro-politische Konstellation verändert	Dr. Kazimierz Wóycicki (Warschau) In Kooperation mit dem Polnischen Institut Düsseldorf und dem Gerhart- Hauptmann-Haus
ERLANGEN		
6. Februar 2014	Vortrag Katyń im Krieg. Sowjetische Kriegsverbrechen als europäische Verflechtungsgeschichte	Dr. Claudia Weber (Hamburg)
23. April 2014	Buchvorstellung Interrogation Machine	PhD Alexei Monroe (Universität Kent)
FREIBURG		
11. Februar 2014	Vortrag Die Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau, Tallinn und Minsk. Herrschaft und Partizipation in der späten Sowjetunion	Carol Marmor (Regensburg)
GIEßEN		
20. März 2014	Podiumsdiskussion Ukraine quo vadis? Die Krim-Krise und die deutsch-polnische Kooperation	Prof. Dr. Andrea Gawrich (Gießen), Dr. Nazarii Gutsul (Aachen), Gabriele Lesser (Warschau), Dr. Anna Veronika Wendland (Marburg), Moderation: Prof. Dr. Thomas Bohn (Gießen) In Kooperation mit dem Deutschen Polen- Institut Darmstadt, dem Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZO) und dem Herder-Institut Marburg

22. April 2014	Vernissage Polesien – eine Landschaft zwischen Belarus und Ukraine	Dr. Nazarii Gutsul (Gießen/Kiew), Oksana Guizot (Mainz) In Kooperation mit dem Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZO)
HAMBURG		
15. Januar 2014	Vortrag Documentary Film Images of Sites of Mass Shootings as Testimony of the Holocaust in the USSR	Dr. Jeremy Hicks (London) In Kooperation mit dem Historischen Seminar und dem Institut für Slavistik an der Universität Hamburg
JENA		
11. März 2014	Podiumsdiskussion Der Konflikt um die Ukraine	Dr. Marija Ivanytskaya (Kiew/Berlin), Claudia Dathe (Tübingen), Dr. André Härtel (Straßburg/Jena), Prof. Dr. Joachim von Puttkamer (Jena), Dr. Raphael Utz (Jena); Moderation: Jana Fuchs (Jena) In Kooperation mit dem Imre Kertész Kolleg an der Universität Jena
KONSTANZ		
31. Januar 2014	Vortrag Information und Diskussion zur Lage der Russischen Akademie der Wissenschaften	Prof. Valerij Ljubin (Moskau)
8. Mai 2014	Podiumsdiskussion Krisenherd Ukraine	Dr. Kateryna Kobchenko (Kiew), Dr. Wilfried Jilge (Moskau), Dr. Benno Ennker (St. Gallen / Tübingen), Apl. Prof. Dr. Rainer Lindner (Konstanz / Berlin), Moderation: Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker In Kooperation mit der Universität Konstanz und der FES Stipendiat/innen Hochschulgruppe Konstanz
MAINZ		
20. Mai 2014	Vortrag Die Ukraine – vom Sturz des Regimes Janukowytsch zur „Putin-Doktrin“ der eingeschränkten Souveränität	Prof. Dr. Gerhard Simon (Pulheim)
17. Juni 2014	Vortrag mit Filmvorführung Die Ausländer in Warschau, 1945–1956	Prof. Dr. Jerzy Kochanowski (Warschau) In Kooperation mit dem <i>studium generale</i> der Universität Warschau

MÜNCHEN

18. März 2014

Vorträge und Podiumsdiskussion
Frozen conflicts – Wohin steuert die Ukraine?

Vorträge von Dr. Hubertus Jahn (Cambridge) und Prof. Dr. Stefan Troebst (Leipzig)

Diskussion mit Wilfried Jilge (Leipzig/Moskau), Prof. Dr. Hans-Henning Schröder (Berlin), Dr. Martin Brusis (München), Kateryna Kudin (München); Moderation: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel und Carolin Fricke (beide München)

In Kooperation mit der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München

24. Juni 2014

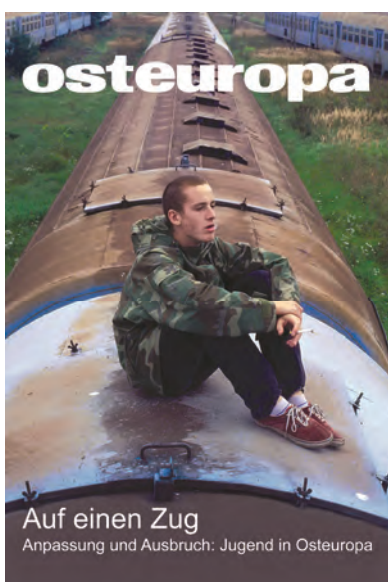
Vortrag
Nations and Nationalism from the Margins. A Research Agenda for the Future

PhD Maarten van Ginderachter (Antwerpen)

In Kooperation mit der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Publikationen

OSTEUROPA



In **OSTEUROPA 11-12/2013** „Auf einen Zug. Anpassung und Ausbruch: Jugend in Osteuropa“ tauchen 15 Autoren in den Alltag junger Osteuropäer ein. Jugend steht nicht mehr für Zukunft und mit dem Fortschrittsglauben ist auch das Jugendbild ins Wanken geraten. Übrig geblieben sind zersplitterte Lebenswelten: von Punks an Russlands Polarkreis, von rechtsextremen Jobbik-Anhängern in Ungarns „Generation Facebook“, von weißrussischen Jugendlichen, die dem stagnierenden Lukaschenka-Land den Rücken kehren.

Der Band hat 216 Seiten und 35 Abbildungen. Mitglieder können ihn zu einem Sonderpreis von 15,00 Euro (statt 20,00 Euro) erwerben.

INHALT

Editorial
Blackbox Jugend

Catriona Kelly
Die Entdeckung des Tinejdžer
Sowjetische und postsowjetische
Adoleszenz

Matthias Schwartz
Generation Nichts
Jugendbilder osteuropäischer
Frustrationsprosa

Hilary Pilkington
Punk im Permafrost
Subkultur und Alltag in der Provinz

Ken Roberts
Gemischte Bilanz
Jugend und Politik in Osteuropa

MIKROKOSMEN DER JUGEND

Rainer Mende
Ode an die Freude?
Polnische Migration und die Illusion
Europa

Alfrun Kliems
Underground und Generation
Jacek Podsiadlos Reise nach Bratislava

Melani Barlai
Jung, ungarisch, schlecht gelaunt
Rechtsextremismus in der Generation
Facebook

Jovana Papovi, Astrea Pejovi
„Dizel“-Revival in Serbien
Wiederkehr einer Subkultur der 1990er
Jahre

Herwig Reiter, Christine Steiner
Beschleunigte Jugend
Adoleszenz in Ostdeutschland und
Litauen

Ingo Petz
Ohnmacht und Anpassung
Die belarussische Jugend am Scheideweg

Félix Krawatzek
Komsomol, „Nasi“ und Informelle
Jugendmobilisierung in Russland

Heike Winkel
„Ich bin eine düstere Missgeburt“
Jugendextremismus als literarisches
Phänomen

Gleb Tshipursky
Le flic, c'est moi
Junge Freiwilligenmilizen in Russland

Anna Zelnina
Polit-Tusovka
Jugend und Gegenöffentlichkeit in
St. Petersburg

Stefan Kirmse
Am Rande mittendrin
Globalisierte Jugend in Zentralasien

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030/30 10 45 -81/-82.



In Ausgabe **1/2014** der **OSTEUROPA** stehen Russland und die Ukraine im Fokus. Im Ringen um die Bewertung der Krim-Annexion spielen die Ereignisse, die zum Sturz des Janukowytsch-Regimes führten, eine zentrale Rolle. Gerhard Simon und Andrij Portnov analysieren, was in Kiew von den ersten Protesten im November 2013 bis zum Verschwinden Janukowytschs im Februar 2014 geschah. Pavel Felgengauer gibt in einer Kurzanalyse Einblick in den Moskauer Entscheidungsprozess, der zum Einmarsch der Soldaten ohne Abzeichen auf die Krim geführt hat. Achim Spanger konstatiert eine restaurative Wende der Moskauer Innen- und Außenpolitik und demonstriert, wie der Kreml sich zum „Gendarm Europas“ stilisiert und dabei europäische Rechtspopulisten hofiert. Gemma Pörzgen zeigt, wie der Kreml mit Hilfe von PR-Agenturen das Russlandbild im Westen aufzupolieren versucht. Außerdem im Heft: Lorenz Erren weist auf fatale Lücken in den wissenschaftlichen Bibliotheken in Russland hin: Sie schaffen kaum noch deutschsprachige Bücher an. Karlheinz Kasper stellt die 2013 in deutscher Übersetzung erschienene russische Literatur vor. Eva Spanka und Andreas Kahrs analysieren die „Nationale Bewegung“ und Polens extreme Rechte vor den Europawahlen.

Der Band hat 160 Seiten. Mitglieder der DGO können die Ausgabe zu einem Vorzugspreis von 7,00 Euro (statt 10,00 Euro) erwerben.

INHALT

Pavel Felgengauer

Operation „Russische Krim“

Wer zuerst schießt, verliert

Andrij Portnov

Krieg und Frieden

Die „Euro-Revolution“ in der Ukraine

Gerhard Simon

Staatskrise in der Ukraine

Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution

Achim Spanger

Unheilige Allianz

Putin und die Werte

Gemma Pörzgen

„Soft Power“ und Imagepflege aus Moskau

Leichtes Spiel für PR-Offensive

Lorenz Erren

Deutschlandforschung ohne Bücher

Buchlosigkeit in Russland

Karlheinz Kasper

„Finden Sie Optina Pustyn!“

Russische Literatur in deutscher Übersetzung 2013

Eva Spanka, Andreas Kahrs

Die Bewegung marschiert

Ruch Narodowy und Polens extreme Rechte



In **OSTEUROPA 2-4/2014** zum Thema „Totentanz. Der Erste Weltkrieg im Osten Europas“ beleuchten die Autoren auf 424 Seiten den Krieg von 1914 bis 1918 in Osteuropa. Jörg Baberowski demonstriert, wie der Krieg Russland zu einer der Geburtsstätten der totalitären Ordnung machte. Marie-Janine Calic weist Christopher Clarks These zurück, Serbien habe in der Eskalationsdynamik, die zum Krieg führte, eine wichtige Rolle gespielt. Herfried Münkler zeigt, wie die kriegsführenden Mächte mit einer Politik der revolutionären Infektion den Gegner zu schwächen suchten. Weitere Themen sind die Gewalterfahrungen an der Front sowie Flucht und Vertreibung aus eroberten Gebieten, der Untergang der Imperien und die Entstehung neuer Nationalstaaten. Die Autoren betrachten den Krieg im Spiegel der Kunst sowie des Films und analysieren die Rolle der Kirchen. Überblicksstudien – etwa über die Sprengkraft des Selbstbestimmungsrechts der Völker – stehen neben exemplarischen Detailstudien – etwa zum Norden Russlands oder zu den Juden in der russischen Armee.

Die Ausgabe hat 424 Seiten und enthält 62 Abbildungen. Mitglieder erhalten sie zum Vorzugspreis von 19,00 Euro (statt 24,00).

INHALT

Editorial

Der Krieg von Gestern und die Krise von heute

Jörg Baberowski

Der Anfang vom Ende

Das Zarenreich im Ersten Weltkrieg

Dietrich Beyrau

Kriegsszenen

Erfahrungen an der russischen Westfront

Marie-Janine Calic

Kriegstreiber Serbien?

Die Südslawen und der Erste Weltkrieg: eine Richtigstellung

Andreas Kossert

„Und drescht ihr nur die Reußen“

Der Erste Weltkrieg in Ostpreußen

IMPERIUM UND NATION

Egbert Jahn

Sprengkraft Selbstbestimmungsrecht

Der Erste Weltkrieg als Katalysator für die Nationalstaatsbildung

Włodzimierz Borodziej, Maciej Górny

„In der Feuerlinie sind alle gleichberechtigt“

Zur Loyalität der Nationen

Herfried Münkler

Spiel mit dem Feuer

Die „Politik der revolutionären Infektion“

Guido Hausmann

Die Kultur der Niederlage

Der Erste Weltkrieg und die Ukraine

Jochen Böhrer

Europas „Wilder Osten“

Gewalterfahrungen in Mitteleuropa 1917–1923

Ljudmila Novikova

Kontinuum der Gewalt

Der Norden Russlands 1914–1920

Oleg Budnickij

Dienst in der Höhle des Löwen

Juden in der russischen Armee im Weltkrieg

Peter Gatrell

Der Krieg, die Flucht und die Nation

Das Flüchtlingsdrama im Zarenreich, 1914–1920

Tomas Balkelis

Demobilisierung, Remobilisierung

Paramilitärische Verbände in Litauen 1918–1920

Stephan Lehnstaedt

Imperiale Ordnungen statt Germanisierung

Die Mittelmächte in Kongresspolen, 1915–1918

Jan Kusber

Wegscheide Krieg

Defekte Imperien, defekte Nationalstaaten

INTEGRATION DURCH RELIGION UND KUNST

Martin Schulze Wessel

Religion, Dynastie und Erster Weltkrieg

Zarenreich und Habsburger Monarchie

Alfons Brüning

Katastrophe und Epochenwende

Die Russische Orthodoxe Kirche im Weltkrieg

Thomas Bremer

Das Jahrhundert der Kriege

Die Orthodoxie, der Krieg und der Friede

Lidia Gluchowska

Der „fremde Krieg“ und der „neue Staat“

Polnische Kunst 1914–1918

Ada Raev

Fragmentierte Wahrnehmung

Kunst in Russland aus dem Geist des Kriegs

Alexandre Sumpf

In Szene gesetzt

Der Erste Weltkrieg im sowjetischen Kino

100 JAHRE ERSTER WELTKRIEG

Jost Dülffer

Die geplante Erinnerung

Der Historikerboom um den Ersten Weltkrieg

Boris Kolonickij

100 Jahre und kein Ende

Sowjetische Historiker und der Erste Weltkrieg

Aleksandr Golubev

Kanonisch ohne Kanon

Der Erste Weltkrieg im russischen Schulbuch

Dietrich Beyrau

Eine „schmutzig-verstörende Berührung“

Eine Studie über den Ersten Weltkrieg im Osten

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Berliner Wissenschafts-Verlag: bwv@bwv-verlag.de. Einzelhefte der Osteuropa-Recht kosten 22,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 76,00 Euro (für Mitglieder der DGO 57,00 Euro) zzgl. Versandkosten.



Eurasische Integration
– Verhältnis zur Europäischen Nachbarschaftspolitik
– Völkerrechtliche Architektur
– Antidumpingmaßnahmen
– Gerichtshof der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft



Schwerpunkt der **OSTEUROPA-Recht 4/2013** ist die Eurasische Integration. Die Autoren beschäftigen sich mit deren Verhältnis zur Europäischen Nachbarschaftspolitik, deren völkerrechtlichen Architektur, mit Antidumpingmaßnahmen sowie mit dem Gerichtshof der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Die Ausgabe hat einen Umfang von 116 Seiten.

INHALT

Zhenis Kembayev

The (In-)Compatibility between Regional Integration Processes in the Post-Soviet Area and within the European Neighborhood Policy

Azar Aliyev

Architektur der eurasischen Integration: Wirtschaftsgemeinschaft, Zollunion, Gemeinsamer Wirtschaftsraum, Wirtschaftsunion

Ilija Rachkov

Antidumpinguntersuchung in der Zollunion Belarus, Kasachstan und Russland

Marina Trunk-Fedorova

Der Gerichtshof der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft

Fryderyk Zoll

Das elektronische Mahnverfahren in Polen – Das Ringen um die Effizienz des Zivilverfahrens bis an die Grenze der Gerechtigkeit

Manuchehr Kudratov

Neue Entwicklungstendenzen im kasachischen Strafprozess

Sergej Markunzow/Andrej Umansky

Die Entscheidungen des Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation (OGRF) und ihre Bedeutung in der Auslegung strafrechtlicher Normen

Olena Shabliy

Die Textsorte Gesetz in der Systematik der bilateralen Rechtsübersetzung am Beispiel des deutschen und ukrainischen Verfassungstextes



Polizeirecht in Osteuropa
Russland
Rumänien
Serbien
Georgien

In Ausgabe **1/2014** der **OSTEUROPA-Recht** beschäftigen sich die Autoren mit dem Polizeirecht in Russland, Rumänien, Serbien und Georgien.



INHALT

Oesten Baller

Polizei- und Geheimdienstrecht in Russland – Eine institutionelle, aufgaben- und befugnisrechtliche Bestandsaufnahme

Monica Vlad

Die Rechtsreform in Rumänien am Beispiel des Polizeirechts

Vuk Cucić/Christoph Hofstätter

Interne und externe Kontrolle der serbischen Polizei

Paata Turava

Polizeirecht in Georgien

Bernd Wieser

Die Verfassung der Russländischen Föderation im Spiegel der russischen Kommentarliteratur

Carmen Schmidt

Putins Verfassungsreform im Galopp – Die Auflösung des Obersten Wirtschaftsgerichts und die Stärkung des Einflusses des Staatspräsidenten auf die Staatsanwaltschaft

Michał Kania

Vermögenshaftung von Amtsträgern für schwere Rechtsverstöße nach polnischem Recht

Marcin Warchoł

Die Beweislastregelungen der neuen polnischen StPO

LÄNDERANALYSEN

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länderanalysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten. Alle Analysen sind unter www.laenderanalysen.de kostenlos zugänglich.

BELARUS-ANALYSEN

Belarus-Analysen Nr. 15 (18.12.2013)

Nach dem Gipfel in Vilnius

Belarus-Analysen Nr. 16 (31.03.2014)

Die Orthodoxe Kirche in Belarus. Die belarussischen Medien und die Krise in der Ukraine

POLEN-ANALYSEN

Polen-Analysen Nr. 137 (21.01.2014)

Korrektur der Rentenreform

Polen-Analysen Nr. 138 (04.02.2014)

Die Bürgerplattform (PO) vor schwierigen Wahlen

Polen-Analysen Nr. 139 (18.02.2014)

Die Schwulenbewegung in Polen

Polen-Analysen Nr. 140 (04.03.2014)

Die katholische Kirche Polens und Papst Franziskus

Polen-Analysen Nr. 141 (18.03.2014)

Die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine

Polen-Analysen Nr. 142 (01.04.2014)

Die Genderdiskussion in Polen

Polen-Analysen Nr. 143 (15.04.2014)

Stadtlandschaft Warschau im Wandel

Polen-Analysen Nr. 144 (06.05.2014)

Zehn Jahre Mitglied der Europäischen Union

Polen-Analysen Nr. 145 (20.05.2014)

Polnische Energiepolitik und der Ukraine-Konflikt

Polen-Analysen Nr. 146 (03.06.2014)

Der Ukraine-Konflikt als Herausforderung für Polen und Deutschland

Polen-Analysen Nr. 147 (17.06.2014)

Polens runder Tisch 1989 und der Maidan in der Ukraine

RUSSLAND-ANALYSEN

Russland-Analysen Nr. 268 (06.12.2013)

Sotschi 2014

Russland-Analysen Nr. 269 (20.12.2013)

Putins Botschaft zur Lage der Nation. Zur deutschen Russlandpolitik

Russland-Analysen Nr. 270 (31.01.2014)

Staat und Unternehmer

Russland-Analysen Nr. 271 (14.02.2014)

Geschichtspolitik

Russland-Analysen Nr. 272 (28.02.2014)

**Russland und die Ukraine
Landwirtschaft in Russland**

Russland-Analysen Nr. 273 (14.03.2014)

Die Russland-Krise

Russland-Analysen Nr. 274 (28.03.2014)

Russland-Krise und Energiefrage. „Nachhaltigkeit“ – Klimaschutz und Wirtschaft

Russland-Analysen Nr. 275 (11.04.2014)

Die EU und die russische Zivilgesellschaft. Sozioökonomische Gegensätze in Russlands Regionen

Russland-Analysen Nr. 276 (09.05.2014)

Russische Wirtschaft

Russland-Analysen Nr. 277 (23.05.2014)

Russland und die Ukraine

Russland-Analysen Nr. 278 (06.06.2014)

Die Ukraine und die „Russische Welt“. Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Russland-Analysen Nr. 279 (20.06.2014)

**Die künftige Osteuropapolitik
Russlands internationale Selbstdarstellung**

RUSSIAN ANALYTICAL DIGEST

Russian Analytical Digest No. 141 (23.12.2013)

Xenophobia and Migrants

Russian Analytical Digest No. 142 (06.02.2014)

Russia and Regional Developments

Russian Analytical Digest No. 143 (09.02.2014)

The Sochi Olympics

Russian Analytical Digest No. 144 (15.03.2014)

Corruption in Russia

Russian Analytical Digest No. 145 (31.03.2014)

Russia and the Asia-Pacific

Russian Analytical Digest No. 146 (07.04.2014)

Eurasian Union

Russian Analytical Digest No. 147 (17.04.2014)

Legal Reform

Russian Analytical Digest No. 148 (02.05.2014)

Foreign policy and Ideology

Russian Analytical Digest No. 149 (25.05.2014)

The Russian Economy

UKRAINE-ANALYSEN

Ukraine-Analysen Nr. 125 (10.12.2013)
Die Ukraine nach dem EU-Gipfel in Vilnius

Ukraine-Analysen Nr. 126 (28.01.2014)
**Eskalation der Gewalt in der Ukraine
Bildungssystem**

Ukraine-Analysen Nr. 127 (11.02.2014)
Quo vadis, Ukraine?

Ukraine-Analysen Nr. 128 (25.02.2014)
**Das Ende des Regimes von Janukowytch
Der Euromaidan aus soziologischer Sicht**

Ukraine-Analysen Nr. 129 (11.03.2014)
**Krim-Krise
Aktuelle Wirtschaftslage
Die Interimsregierung von Arsenij Jazenjuk
Sanktionen gegen ukrainische Beamte**

Ukraine-Analysen Nr. 130 (25.03.2014)
**Russland und die Krim
Der Euromaidan als Beispiel des zivilen
Widerstands
Korruption und Geschäftsumfeld**

Ukraine-Analysen Nr. 131 (08.04.2014)
**Die Kandidaten für die Präsidentschaftswahl
Energiepolitik
Das Assoziierungsabkommen mit der EU**

Ukraine-Analysen Nr. 132 (14.05.2014)
**Die Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014
Russische Einflussnahme auf die aktuelle politische
Situation
Aktuelle Umfragen und Dokumentationen
Die Referenden in Donezk und Luhansk**

Ukraine-Analysen Nr. 133 (27.05.2014)
**Präsidentschaftswahl vom 25. Mai
Rechtsradikale
Ost-Ukraine
Menschenrechtssituation**

Ukraine-Analysen Nr. 134 (10.06.2014)
**Gasverhandlungen mit Russland
Lokalwahlen in Kiew
Hilfskredite internationaler Organisationen
Aktuelle Wirtschaftsdaten**

CAUCASUS ANALYTICAL DIGEST

Caucasus Analytical Digest No. 57 (03.12.2013)
Migration

Caucasus Analytical Digest No. 58 (18.12.2013)
The Vilnius EAP Summit and the South Caucasus

Caucasus Analytical Digest No. 59 (28.02.2014)
Economy-related country ratings

Caucasus Analytical Digest No. 60 (31.03.2014)
Pension reform

Caucasus Analytical Digest No. 61-62 (17.04.2014)
Online Media in the South Caucasus

ZENTRALASIEN-ANALYSEN

Zentralasien-Analysen Nr. 72 (20.12.2013)
**Textilhandwerk in Usbekistan
Weizen in Zentralasien**

Zentralasien-Analysen Nr. 73 (31.01.2014)
**Türkische Schulen in Zentralasien
Parlamentswahlen in Turkmenistan**

Zentralasien-Analysen Nr. 74 (28.02.2014)
**Denkmalschutz und Identitätsstiftung in
Usbekistan
Medienberichterstattung in Kasachstan und
Turkmenistan zu Exportpipelines**

Zentralasien-Analysen Nr. 75 (04.04.2014)
Baikonur

Zentralasien-Analysen Nr. 76 (25.04.2014)
Goldabbau in Kirgistan

Zentralasien-Analysen Nr. 77 (30.05.2014)
**Sechzig Jahre Neulanderschließung in Kasachstan.
Zentralasien in politikbezogenen Länderrankings**

Mitglieder

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR OSTEUROPAKUNDE E. V. MITGLIEDERVERSAMMLUNG

3. April 2014,
15.00 bis 17.30 Uhr in der
Westfälischen Wilhelms-
Universität Münster, Engli-
sches Seminar: Auditorium
Maximum
Johannisstr. 12-20,
48143 Münster

Der Präsident der DGO, Ruprecht Polenz, begrüßte die Mitglieder der DGO und stellte fest, dass die Einladung zur Mitgliederversammlung fristgemäß und rechtzeitig an die Mitglieder versandt wurde. Er bat um ein kurzes Gedenken an die in den vergangenen zwölf Monaten verstorbenen Mitglieder Dr. Marlies Bilz-Leonhardt und Prof. Dr. Gerhard Ritter.

Der Präsident wies darauf hin, dass die Mitgliederversammlung, wie vorab schriftlich mitgeteilt, um eine halbe Stunde verlängert werde, um, auf Anregung des Vorstands und Wunsch aus den Reihen der Mitglieder, unter dem TOP „Verschiedenes“ eine Diskussion über die aktuellen Ereignisse in der Ukraine und in Russland zu ermöglichen. Danach bat er die neue Geschäftsführerin, Dr. Gabriele Freitag, den Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA, Dr. Manfred Sapper, und das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Prof. Dr. Thomas Bremer, um den Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2013.

1. Tätigkeits- und Finanz-
bericht für das Jahr 2013

Den Mitgliedern wurde vor der Mitgliederversammlung ein Tätigkeits- und Finanzbericht ausgehändigt. Dr. Gabriele Freitag und Dr. Manfred Sapper berichteten über die Aktivitäten des vergangenen Jahres (siehe Geschäftsbericht und Rundbriefe 2013). Das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Prof. Dr. Thomas Bremer, trug den Finanzbericht vor. Auf Wunsch der Rechnungsprüfer wurden in die diesjährige Finanzübersicht auch die IST-Zahlen für das Jahr 2012 eingefügt, um die Finanzentwicklungen besser vergleichen zu können. Prof. Bremer wies darauf hin, dass die Einnahmen der Gesellschaft im Vorfeld nur schwer abzuschätzen sind und dadurch auch die Differenz zwischen SOLL und IST für das Jahr 2013 zu erklären ist.

2. Bericht der von der Mit-
gliederversammlung be-
stellten Rechnungsprüfer
für das Haushaltsjahr 2013

Dr. Franz-Lothar Altmann und Christian Meier führten am 18. März 2014 die Rechnungsprüfung in den Räumen der Geschäftsstelle der DGO durch. Da beide an der Mitgliederversammlung nicht teilnehmen konnten, bat der Präsident Prof. Michael Geistlinger, in Vertretung den Bericht der Rechnungsprüfer vorzutragen.

Die Rechnungsprüfer stellten die sparsame Mittelverwendung durch die Geschäftsstelle fest und lobten insbesondere die sparsame Verwendung der Reisemittel. Die Buchhaltung wurde vor allem wegen der sorgsam Vermerkte zu relevanten Vorgängen als sehr transparent hervorgehoben. Im Hinblick auf die Zweigstellen stellten die Rechnungsprüfer fest, dass die Aktivitäten der Zweigstellen sehr unterschiedlich sind. Die Zweigstellen wurden aufgefordert, bei der Beantragung von Mitteln das neu entwickelte Formular zu benutzen. Die Rechnungsprüfer schlugen die Entlastung des Vorstands vor.

3. Aussprache über
den Tätigkeits- und Finanz-
bericht

Der Präsident forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf.

Aus den Reihen der Mitglieder wurde Lob für den punktgenauen Jahresabschluss geäußert. Auf Wunsch erläuterte der Redakteur der Zeitschrift OSTEUROPA, Dr. Volker Weichsel, das Konzept der Digitalisierung. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag gemacht, die Zeitschrift OSTEUROPA und die Länderanalysen auf der neuen digitalen Plattform stärker miteinander zu verbinden.

Prof. Hans-Henning Schröder beantragte die Entlastung des Vorstands für das Jahr 2013. Die Mitgliederversammlung stimmte diesem Vorschlag bei Enthaltung des Vorstands und einer weiteren Enthaltung zu.

4. Entlastung des Vorstands

Die Mitgliederversammlung wählte Dr. Franz Lothar Altmann und Christian Meier bei einer Enthaltung zu Rechnungsprüfern für das Jahr 2014.

5. Bestellung der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2014

Der Präsident berichtete über das Auswahlverfahren. Insgesamt wurden sechs Doktorarbeiten eingereicht, davon eine aus der Slavistik und fünf aus der Geschichtswissenschaft. Der Vorstand hat sich wegen der gleichermaßen herausragenden Qualität für die Verleihung des Preises an zwei Bewerber entschieden.

6. Verleihung des DGO-Förderpreises 2013

Vor Nennung der Preisträger dankte der Präsident der ehemaligen Präsidentin der DGO, Prof. Rita Süßmuth sowie den Vorstandsmitgliedern Prof. Thomas Bremer, Prof. Sebastian Lentz und Prof. Birgit Menzel für ihre großzügigen Spenden, die die Preisverleihung erst möglich machten. Wenn die DGO an dieser schönen Form der Auszeichnung ihres wissenschaftlichen Nachwuchses festhalten wolle, so sei sie auch weiterhin auf Spenden aus den Reihen der Mitglieder angewiesen. Mitglieder, die zu einer Spende bereit seien, würden gebeten, sich entweder direkt hier in Münster oder nach der Jahrestagung an die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle zu wenden.

Der DGO-Förderpreis wurde verliehen an den Slavisten Thomas Skowronek von der Humboldt-Universität zu Berlin für seine Dissertation „Marktgestalten in Sorge. Zur Poetologie ökonomischer Dinge am Beispiel von Galerien für zeitgenössische Kunst in Polen und Russland (1980/2000)“ und an den Historiker Jan Zofka von der Universität Leipzig für seine Dissertation „Akteure (post-)sowjetischer Territorialkonflikte: Die separatistischen Bewegungen im Dnjestr-Tal und auf der Krim im Vergleich (1989–1995)“. Die Laudationes hielten Prof. Birgit Menzel und Prof. Stefan Troebst.

Der Präsident bat die Mitglieder abschließend darum, weiterhin Werbung für den Preis zu machen und ggf. selbst Vorschläge für geeignete Kandidaten für das nächste Jahr einzureichen.

Die Geschäftsführerin informierte darüber, dass für das Jahr 2014 vier Fachtagungen geplant sind.

7. Fachtagungen 2014

Die Fachtagung Slavistik zum Thema „Katastrophe, Unruhe und Verheißung. Neue Populärkultur in Russland und im östlichen Europa seit 2000“ soll vom 4. bis 6. Juli in der Europäischen Akademie Berlin stattfinden. Die Fachtagung Geschichte zum Thema „Zielregion Ostmitteleuropa – Migration im 20. Jahrhundert“ wird am 11. Juli 2014 im Collegium Hungaricum stattfinden. Es handelt sich hierbei um eine Kooperation mit dem GWZO Leipzig und dem Herder-Institut. Geplant sind außerdem zwei Fachtagungen der Disziplinen Religion und Recht, die aber noch in der Konzeption sind.

Der Präsident berichtet über die Überlegungen des Vorstands, die Jahrestagung 2015 unter dem Thema „Konstruktion Europas nach 1945. Architektur und Sicherheitsfragen“ auszurichten.

8. Jahrestagung 2015

Ruprecht Polenz bat die Mitglieder um Wortmeldungen.

9. Verschiedenes

Prof. Ulf Brunnbauer wies darauf hin, dass die DFG plant, die an einzelnen Bibliotheken angesiedelten Sondersammelgebiete in so genannte Fachinformationsdienste umzuwandeln. Für die DGO relevant sind das Sammelgebiet Slavistik in der Staatsbibliothek Berlin und das Sammelgebiet Osteuropa in der Staatsbibliothek München. Die Transformation ist deshalb problematisch, weil die neuen Fachinformationsdienste nicht mehr den Anspruch auf vollständige Sammlung der relevanten Literatur verfolgen werden. Brunnbauer schlug vor, dass sich die DGO in dieser Angelegenheit an die DFG wenden sollte.

Im Anschluss berichtete Ruprecht Polenz darüber, dass der Vorstand in seiner Sitzung unmittelbar vor der Mitgliederversammlung eine Entschließung zur politischen Situation in der Ukraine und zur Annexion der Krim durch Russland formuliert habe, die

von der Mehrzahl der Vorstandsmitglieder befürwortet wurde. Prof. Stefan Troebst stellte den Text vor. Ruprecht Polenz forderte die Mitglieder danach zu einer Aussprache auf. Die Wiedergabe der sich anschließenden Diskussion ist im Folgenden thematisch strukturiert:

Die Bewertung der Situation in der Ukraine

Die westliche Forderung an die Ukraine, sich entweder für die EU (Assoziierungsabkommen) oder Russland (Zollunion) zu entscheiden, sei problematisch gewesen.

Bisher gebe es keine ernstzunehmenden Sezessionsbestrebungen in der Ukraine, auch nicht unter den Anhängern der Partei der Regionen. Es sei gefährlich, per se davon auszugehen, die Ukraine sei ein gespaltenes Land.

Die Bewertung der Haltung Russlands

Die Berufung auf das Völkerrecht zur Rechtfertigung der Sezession auf der Krim und die behauptete Analogie zur Sezession des Kosovo seien problematisch. Zu bedenken sei in diesem Kontext allerdings auch, dass es selbst im Falle von Menschenrechtsverletzungen kein eigentliches Völkerrecht auf Sezession gebe. Von deutscher Seite werde häufig pauschal mit dem Völkerrecht argumentiert, ohne dass dieses spezifiziert werde.

Historiker und Politikwissenschaftler sollten sich mehr mit der Frage auseinandersetzen, wie es zu diesem russischen Gewaltakt kam. Die Krim sei aus russischer Perspektive nur ein Nebenkriegsschauplatz. Von westlicher Seite sei vielleicht unterschätzt worden, dass Putin die Eurasische Union als sein Lebenswerk betrachte und nicht ruhen werde, bis er die gesamte Ukraine vereinnahmt habe. Die russische Politik sei Ausdruck der eigenen Ratlosigkeit. Russlands Wunsch, an Themen wie der EU-Erweiterung beteiligt zu werden, sei nicht angemessen berücksichtigt worden. In der russischen Politik sei seit 2012 ein Rechtsruck zu beobachten. Die Tatsache, dass die Hardliner in der russischen Regierung gesiegt hätten, müsse analysiert werden. Das sei eine Aufgabe für die Mitglieder der DGO. Der russische Revisionismus stelle eine Bedrohung der Staatenordnung dar. Nach dem Konflikt müsse tatsächlich neu über die europäische Sicherheitsarchitektur gesprochen werden. Wichtig sei in jedem Fall die Aufforderung an alle Verantwortlichen, sich auf dem Boden des Rechts und der abgeschlossenen Verträge zu bewegen.

Aufgaben der DGO im Kontext der politischen Krise

Die Argumentation aus russischer Perspektive sei irritierend. Wichtig sei die Argumentation aus ukrainischer Sicht. Die aktuelle Krise verdeutliche in jedem Fall die Schwäche der Osteuropa-Expertise in Deutschland. Die DGO solle die Situation zum Anlass nehmen, eine Bestandsaufnahme zur Ukraine-Forschung in Deutschland zu machen (Sprache, Kultur, Geschichte). Es sei gut, dass die DGO als Verband sich mit den aktuellen Ereignissen beschäftige. Die abschließenden Forderungen der Entschließung sollten aber stärker aus der spezifischen Perspektive der DGO formuliert werden. Der Präsident bedankte sich bei allen Teilnehmern für die engagierte Diskussion und kündigte an, dass die Entschließung im Sinne der vorgebrachten Überlegungen noch einmal überarbeitet werden solle.

Er schloss die Veranstaltung um 17.40 Uhr und lud alle Mitglieder zur Eröffnung der Jahrestagung sowie zum anschließenden Empfang in den Erbdrostenhof ein.

MÜNSTERANER ERKLÄRUNG

von Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. (DGO) zur Annexion der Krim durch die Russländische Föderation

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, gegründet 1913 als Deutsche Gesellschaft zum Studium Russlands, hat auf ihrer Jahrestagung am 3. April 2014 in Münster die Ereignisse in der Ukraine zwischen November 2013 und Ende März 2014 erörtert. Die unterzeichnenden Mitglieder der DGO halten dazu fest:

- Die Proteste auf dem Kiewer Majdan und in vielen anderen Städten der Ukraine aus Anlass der verweigerten Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union richteten sich in erster Linie gegen das Regime von Präsident Janukowytsch, das für systematische Korruption und Rechtlosigkeit in der Ukraine verantwortlich gemacht wurde. Die Sicherheitskräfte des Regimes tragen wesentliche Verantwortung für die gewaltsame Eskalation des Konflikts.
- Das mit Berufung auf die Ereignisse auf dem Majdan durchgesetzte Referendum auf der Krim über den Austritt der Autonomen Republik aus dem ukrainischen Staatsverband und der Beitritt zur Russländischen Föderation sind illegal.
- Die Russländische Föderation hat durch eine militärische Invasion auf der Krim die territoriale Integrität der Ukraine wie auch das Gewaltverbot der Vereinten Nationen verletzt. Alle Regelwerke einer neuen europäischen Architektur, an denen Russland intensiv mitgearbeitet hat, werden in Frage gestellt. Der damit angestrebene Revisionismus stellt eine Bedrohung von Sicherheit und Frieden auf dem Kontinent dar.

Die Unterzeichnenden schließen sich der Forderung der Vollversammlung der Vereinten Nationen an, die russische Annexion der Krim nicht anzuerkennen. Wir rufen gleichzeitig dazu auf, nicht in eine neue Sprachlosigkeit zu verfallen, sondern alle Kontakte in Wissenschaft und Kultur mit Russland und der Ukraine fortzusetzen und zu intensivieren. Unser Ziel ist es, zu einem gemeinsamen Werteverständnis in Europa zu kommen.

Erstunterzeichner:

Ruprecht Polenz, Präsident der DGO

Prof. Dr. Wolfgang Eichwede, Vizepräsident der DGO

Prof. Dr. Thomas Bremer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der DGO

Prof. Dr. Jan Kusber, Mitglied des Vorstands der DGO

Prof. Dr. Birgit Menzel, Mitglied des Vorstands der DGO

Prof. Dr. Stefan Troebst, Mitglied des Vorstands der DGO

Prof. Dr. Dietrich Beyrau, Mitglied der DGO

Dr. Gabriele Freitag, Geschäftsführerin der DGO

Dr. Manfred Sapper, Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA der DGO

Dr. Volker Weichsel, Redakteur der Zeitschrift OSTEUROPA der DGO

Prof. Dr. Alfred Sproede, Mitglied der DGO

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder, Mitglied der DGO

Dr. Benno Ennker, Mitglied der DGO

Ich unterstütze diese Erklärung durch meine Unterschrift:

Dr. Carmen Schmidt, Köln, **Ulrike Naumann**, Berlin, **Sabine Stoye**, Bonn, **Beate Apelt**, Berlin, **Jürgen Meinders**, Münster, **Prof. Dr. Joachim v. Puttkamer**, Jena, **Gertrud Brümman**, **Dr. Bernd Knabe**, Bonn, **PD Dr. Rudolf A. Mark**, Hamburg, **Dr. Nikolaj Plotnikov**, Hattingen, **Markus Meckel**, Berlin, **Prof. Dr. Gerhard Simon**, Pulheim, **Dr. Michael Hagemeister**, Bochum, **Dr. Anne Hartmann**, Bochum, **Friedrich O. J. Roll**, Berlin, **Martin Pavlík**, Dorfen, **Dr. Julia Kusznir**, Bremen, **Prof. Dr. Andrea Zink**, Innsbruck / Österreich, **Dr. Katrin Steffen**, Berlin, **Dr. Iryna Vereschahina**, Düsseldorf, **Eva Hausteiner**, Berlin, **Dr. Tobias Grill**, München, **Prof. Dr. Egbert Jahn**, Kelkheim, **Dr. Vera Ammer**, Euskirchen, **Thomas Ammer**, Euskirchen, **Dr. Friedemann Müller**, München, **Stefanie Intveen**, Köln, **Prof. Dr. Juliane Besters-Dilger**, Freiburg, **Dr. Heike Dörrenbächer**, Berlin, **Witold Gnauck**, Frankfurt an der Oder, **Martin Fischer**, Essen, **Dr. Christian Strasser-Gackenheimer**, Konstanz, **Prof. Dr. Klaus Ziemer**, Warschau / Polen, **Sebastian Schröder-Esch**, Kirchzarten, **Prof. Dr. Philipp Ther**, Wien / Österreich, **Hagen Graf Lambsdorff**, Berlin, **Tamara**

Kolisnichenko, Köln, **Prof. Dr. Susanne Frank**, Berlin, **Elena Ilina**, Berlin, **Dr. Rayk Einax**, Gießen, **Dr. Stephan Heidenhain**, Prag / Tschechien, **Dr. Hans-Christian Reichel**, Berlin, **Birgit Veit**, Berlin, **PD Dr. Dr. Joachim Willems**, Berlin, **Dr. Andreas Lawaty**, Lüneburg, **Stefan Hanisch**, Berlin, **Prof. Dr. Bernd Wieser**, Graz / Österreich, **Dr. Karin Pieper**, Berlin, **Dr. Andrea Huterer**, Berlin, **Alexander Markus**, Berlin, **Dr. Kristina Stoeckl**, Wien, **Prof. Dr. Jeronim Perovic**, Wien / Österreich, **Benita Hasselblatt**, Görwihl, **Stefanie Schiffer**, Berlin, **Tobias Baumann**, Berlin, **Dr. Norbert Baas**, Berlin, **Dr. Andreas Umland**, Jena, **Dr. Anna Kaminsky**, Berlin, **Julia Kotko**, Berlin, **Michael Thumann**, Berlin, **Prof. Dr. Sebastian Kinder**, Tübingen, **Dr. Barbara Lippert**, Berlin, **Prof. Dr. Helmut König**, Aachen, **Prof. Dr. Klaus Segbers**, Berlin, **Dr. Klaus Wittmann**, Berlin, **Ursula Leyk**, Berlin, **Dr. Josef Sallanz**, Mainz, **Reinhold Vetter**, Berlin, **Alla Winkler**, Schwerin, **Prof. Dr. Theodor Schweisfurth**, Berlin, **Dr. Eduard Gloeckner**, Berlin, **Prof. Dr. Eberhard Schneider**, Brüssel/ Belgien, **Tetiana Lopashchuk**, Berlin, **Dr. Wolfram Rohde-Liebenau**, München, **Dr. Anneli Ute Gabanyi**, Berlin, **Detlef W. Stein**, Berlin, **Margarita Stein**, Berlin, **Marieluise Beck**, Berlin, **Dr. Barbara Dietz**, Regensburg, **Stefan Melle**, Berlin, **Stefan Hanisch**, Berlin, **Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte**, Berlin, **Prof. Dr. Oesten Baller**, Berlin, **Dr. Peter Fischer**, Osnabrück, **Prof. Dr. Martin Aust**, München, **Alexei Sekarev**, München, **Dr. Gabriele Gorzka**, Kassel, **Prof. Dr. Stefan Plaggenborg**, Bochum, **Prof. Dr. Wilfried Heller**, Göttingen, **Eduard Klein**, Berlin, **Manuel Leppert**, Weimar, **Walter Kaufmann**, Berlin, **Tanja Krombach**, Potsdam, **Prof. Dr. Erhard Wiehn**, Konstanz, **Dr. Olaf Mertelsmann**, Tartu / Estland, **PD Dr. Henrike Schmidt**, Berlin, **Prof. Dr. Bruno Schönfelder**, Freiberg, **Dr. Ernst Piehl**, Brüssel, **Dr. Roswitha Schieb**, Borgsdorf, **Prof. Dr. Stefan Garsztecki**, Chemnitz, **Prof. Dr. Wolfgang Mitter**, Oberursel, **Michael W. Gödde**, München, **Dr. Roman Smolorz**, Regensburg, **Dr. Manuela Troschke**, Regensburg, **Prof. Dr. Ulf Brunnbauer**, Regensburg, **Prof. Dr. Claudia Kraft**, Siegen, **Johannes Heinke**, Berlin, **Dr. Lars Handrich**, Berlin, **Prof. Dr. Jürgen Jerger**, Regensburg, **Ksenija Gatskova**, Regensburg, **Dr. Hermann Beyer-Thoma**, München, **Prof. Dr. Frank Golczewski**, Hamburg, **Dr. Bettina Strewe**, Potsdam, **Winfried Schneider-Deters**, Heidelberg, **Rainer Eppelmann**, Berlin, **Prof. Dr. Andreas Guski**, Berlin, **Prof. Dr. Frithjof Benjamin Schenk**, Basel / Schweiz, **Katharina Boß**, Berlin, **Stephan Hille**, Zürich / Schweiz, **Sabine Erdmann-Kutnevic**, Berlin, **Carsten Herrmann-Pillath**, Frankfurt am Main, **Rolf Büchschütz**, Frankfurt am Main, **Dr. Christofer Zöckler**, Berlin, **Prof. Dr. Katrin Boeckh**, Regensburg, **Werner Schulz**, Berlin, **Dr. Björn M. Felder**, München, **Prof. Dr. Christoph Boyer**, Salzburg, **Detlef Henning**, Lüneburg, **Felix Heinert**, Köln, **Prof. Dr. Andreas Kappeler**, Wien / Österreich, **Prof. Dr. Heiko Haumann**, Basel / Schweiz, **Dr. Alfred Eisfeld**, Göttingen, **Helmut Hengstler**, Konstanz, **Elfie Siegl**, Berlin, **Dr. Joerg Forbrig**, Berlin, **Prof. Dr. Ludwig Steindorff**, Kiel, **Prof. Dr. Peter Nitsche**, Preetz, **Dr. Jenia Jitsev**, Jülich, **Prof. Dr. Christine Engel**, Pettnau / Österreich, **Irina Bondas**, Berlin, **Dr. Ricarda Vulpius**, München, **Dr. Peter Jungermann**, München, **Christiane Körner**, Frankfurt am Main, **Dr. Frank Umbach**, Windhagen, **Dr. Elke Fein**, Freiburg, **Reinhard Frötschner**, Regensburg, **Christoph Laug**, Stuttgart, **Dr. Julia Eichenberg**, Berlin, **Dr. Sabine Fischer**, Berlin, **Apl. Prof. Dr. Verena Dohrn**, Hannover, **Dr. Sabine Rothemann**, Freiburg, **Dr. Markus Kaiser**, Astana / Kasachstan, **Martin Weidemann**, Berlin, **Erika Weidemann**, Berlin, **Sigurd Schmidt**, Bad Homburg vor der Höhe, **Gisela Schmidt**, Bad Homburg vor der Höhe, **Maria von Pawelsz-Wolf**, Potsdam, **Dr. Martin Brusis**, München, **Agnieszka Rządca**, Berlin, **Tanja Sebta**, Kiew / Ukraine, **Dr. Gerlind Schmidt**, Oberursel, **Gert Schmidt**, Oberursel, **Dr. Gerd Koenen**, Frankfurt am Main, **Oxana Nazarenko**, Christian Meier, Berlin, **Prof. Dr. Dieter Bingen**, Darmstadt, **Gerda Reich**, Frankfurt am Main, **Prof. Dr. Hans Hecker**, Düsseldorf / Köln, **Martina Lotz**, Wiesbaden, **Waleria Radziejowska-Hahn**, Köln, **Hartmute Trepper**, Bremen, **Prof. Dr. Christian Voß**, Berlin, **Claudia Dathe**, Tübingen, **Manfred Wichmann**, Bonn, **Dr. Tilman Plath**, Greifswald, **Prof. Dr. Dittmar Dahlmann**, Bonn, **Prof. Dr. Susanne Schattenberg**, Bremen, **Prof. Dr. Nicolás Szafowal**, München, **Svetlana Sevillano**, Windsor / Kanada, **Jakob Mischke**, Berlin, **Lotte Bremer**, Freiburg, **Prof. Dr. Jochen-Ulrich Peters**, Köln, **Roland Bude**, Swisttal, **Christine Kraft-Kollmus**, Frankfurt am Main, **Manfred Mack**, Reinheim, **Prof. Dr. Julia Obertreis**, Erlangen, **Vira Makovska**, Greifswald, **Dr. Horst Günter**, Schärding am Inn / Österreich, **Dr. Natalia Shchyhlevska**, Mainz, **Björn F. Schulz**, Gödenstorf, **Prof. Dr. Stefan Rohdewald**, Gießen, **Prof. Dr. Ulrike Plath**, Tallinn / Estland, **Katrin Gerz**, Wetzlar, **Dr. Peter Spary**, Berlin, **Dr. Franz Preißler**, Frankfurt am Main, **Marc de la Fouchardière**, Frankfurt am Main, **Prof. Dr. Hans Hölschermann**, Bad Homburg, **Prof. Dr. Malte Rolf**, Bamberg, **Dr. Peter Morré**, Karlsruhe, **Stefania Zubenko**, Frankfurt am Main, **Jaropolk Zubenko**, Frankfurt am Main, **Marko Zubenko**, Frankfurt am Main, **Wolfgang Bordt**, Ulm, **Prof. Dr. Klaus Gestwa**, Tübingen, **Burkhard Haneke**, Freising, **Maxim Gatskov**, Regensburg, **Dr. Bernd Näther**, Lautert, **Dr. Klemens Büscher**, Langerwehe, **Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz**, Berlin, **Jan-Philipp Neetz**, Regensburg

PERSONALIEN NEUAUFNAHMEN

Anderl, Roman / Villars-Sur-Grâne (CH)
Baas, Dr. Norbert / Bonn
Bayerische Staatsbibliothek / München
Brand, Martin / Berlin
Büscher, Dr. Klemens / Langerwehe
Franzenburg, Geert / Münster
Frensch, Prof. Dr. Richard / Regensburg
Gatzke, Anna / Berlin
Hausmann, Prof. Dr. Guido / Köln, München
Karlinski, Christine / Berlin
Klass, Olga / Leipzig
König, Serafima / Delmenhorst
Krajewski, Dr. Grzegorz / Offenbach am Main
Kurilo, Dr. Olga / Frankfurt an der Oder
Maximov, Ilia / Kaliningrad

Perret, Dr. Jens / Wuppertal
Plath, Dr. Tilman / Greifswald
Reeve, Benjamin M. A. / Köln
Schmidt, Martin / Berlin
Schümann, PD Dr. Daniel / Bamberg
Voß, Prof. Dr. Christian / Berlin

PERSONALIEN ABSCHIEDE

Arno Spitz

***24. April 1920 – † 25. Mai 2014**

Der Verleger Arno Spitz ist im Alter von 94 Jahren am 25. Mai 2014 in Berlin verstorben. Damit hat die DGO eines ihrer langjährigen und engagiertesten Mitglieder verloren. Als Arno Spitz 1962 aus San Francisco nach Berlin zurückkehrte, fühlte er sich den Werten Europas und der Verständigung in Europa in besonderer Weise verbunden. Er wollte Verleger werden und den Dialog zwischen Ost und West in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen. Von sich selber sagte er, für ihn habe das Völkerrecht die Bedeutung, die die Religion für religiöse Menschen hat. Völkerrechtsinterpretationen aus Ost und West waren für ihn sein politischer Beitrag zur Verständigung zwischen Ost und West. In seinem Berlin-Verlag Arno Spitz erschienen unsere Zeitschrift „OSTEUROPA-Recht“ und viele Bände der DGO-Reihe „Osteuropaforschung“. Die Osteuropaforschung lag Arno Spitz besonders am Herzen, weil es ihn beschäftigte „dass der Westen in Freiheit und Wohlstand aufblühte, während der Osten arm und unfrei blieb“. Ihm ging es um die analytische, unideologische Betrachtung der Entwicklungen in Osteuropa, was auch das Credo der DGO ist. Die Entwicklung der DGO und der Zeitschrift OSTEUROPA hat Arno Spitz nicht nur mit großem Interesse und Wohlwollen verfolgt, sondern uns auch großzügig unterstützt. Im Jahr 2013 durften wir ihn zum letzten Mal persönlich als Ehrengast zur Feier des 100-jährigen Bestehens der DGO im Auswärtigen Amt begrüßen. Wir sind ihm weiterhin in seinen Zielen und Ideen sehr verbunden.

Dr. Heike Dörrenbächer

VERÖFFENTLICHUNGEN

Huhn, Ulrike: *Glaube und Eigensinn: Volksfrömmigkeit zwischen orthodoxer Kirche und sowjetischem Staat 1941 bis 1960.* Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 81, Wiesbaden 2014.

Borodziej, Włodzimierz/Puttkamer, Joachim von/ Warneck, Dorothea (Hg.): *The Ukrainian Crisis in the European Media and the Public Sphere.*

Website des Imre Kertész Kolleg Jena: <http://www.imre-kertesz-kolleg.uni-jena.de/index.php?id=571&l=0>

PUTINS DRITTE AMTSZEIT. SYSTEMKRISE UND STAATSKUNST IN RUSSLAND

Podiumsdiskussion
31. Januar 2014, Berlin

Bericht:
Olga Klass

Im Mai 2014 sind es zwei Jahre, dass Wladimir Putin seine dritte Amtszeit als Präsident der Russischen Föderation angetreten hat. Die Moderatorin der Diskussion, Sabine FISCHER (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin), wies auf die Debatte um Korruption, die Kluft zwischen der politischen Elite und Gesellschaft sowie zahlreiche andere Probleme hin, die besonders vor dem Beginn der Olympischen Spiele in Sotschi virulent geworden seien. Es hätten sich Widersprüche verdichtet, die die Frage nach einer Systemkrise in Russland nahelegten. Fischer betonte die außenpolitische Rolle Russlands als internationaler Akteur, der als Gestalter und Blockierer zugleich auftritt. Wie gehen die Politik und Gesellschaft mit diesen Problemen um, was ist bereits erreicht worden? Kann man von einer Systemkrise in Russland sprechen?

Stefanie HARTER (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Berlin) glaubt nicht, dass es eine Systemkrise in Russland gibt. So wie alle Schwellenländer suche auch Russland nach Lösungen für die wirtschaftlichen Herausforderungen. Deshalb sei es nicht sinnvoll, ausgehend von westlichen Wohlfahrtsvorstellungen auf Russland zu blicken. Betrachte man die Aufgaben, die sich Putin und Ministerpräsident Medwedjew für ihre Regierungszeit gestellt haben, so seien diese realisierbar. Russland agiere, so wie auch andere Staaten, innerhalb seines politischen und wirtschaftlichen Rahmens, auch wenn es seine Handlungskorridore in den satten Jahren nicht genutzt habe. Harter wies auf die zahlreichen Reformen im Bereich Steuern und Haushalt hin, bemerkte jedoch, dass es schwierig sei, diese in den 83 Regionen auch zügig durchzusetzen. Die Priorität in Russland liegt immer noch auf den Ausgaben, Investitionen werden vernachlässigt. Insbesondere die Infrastruktur habe darunter zu leiden. Putins wirtschaftliche Schwerpunkte seien die Förderung von Fernost/Sibirien und der Rüstungsindustrie. Dieser Kurs sei kurzfristig nicht verkehrt, könne jedoch auf längere Sicht nicht gehalten werden. Positiv bewertete Harter die Fortschritte bei der Handelsliberalisierung: 2012 ist Russland der WTO beigetreten, die Verhandlungen über die Zoll- und Wirtschaftsunion und die Geld- und Währungspolitik mit einer unabhängigen Zentralbank sowie Finanzamt währen seit nunmehr 15 Jahren. Jedoch sei die Modernisierungsstrategie in diesen 15 Jahren zu staatsorientiert gewesen. Die wirtschaftliche Basis sei zu wenig erweitert worden und die Entwicklung durch Renationalisierung ausgebremst. Die Abhängigkeit Russlands von seinen Rohstoffen sei ein zentrales Problem im Entwicklungsfortschritt. Weitere Sektoren, in die die Russische Föderation dringend investieren müsse, seien die Bildung, die Gesundheit und die Wohnungswirtschaft.

Warum aber investieren die russischen Unternehmer nicht in Russland? Dies sei eins der Probleme, so Hans-Henning SCHRÖDER (Stiftung Wissenschaft und Politik/Russland-Analysen, Berlin), die von der russischen Politik nicht gelöst werden. Die breite Masse der russischen Bevölkerung zeige keinerlei Initiative. Die letzten 20 Jahre sei die russische Gesellschaft von dem Gegensatz „Macht (vlast)“ – „Volk (narod)“ geprägt gewesen: Eine reiche Minderheit steht der armen mehrheitlichen Masse gegenüber. Seit 1991 gebe es praktisch keinen organisierten gesellschaftlichen Widerstand. Das Volk (narod) sei nicht mehr Subjekt, sondern Objekt. Trotz zahlreicher Anläufe sei es bisher misslungen, ein demokratisches politisches System zu schaffen. Zwar seien die

institutionellen Voraussetzungen für die Bildung eines funktionierenden Parteiensystems, Parlaments sowie eines allgemeingültigen Rechtsrahmens vorhanden, diese Institutionen funktionierten jedoch in der Realität nicht. Es sei der russischen Regierung bisher nicht gelungen, eine die Politik und die Gesellschaft verbindende Institution zu errichten, die den Austausch zwischen beiden Seiten sicherstellt. Lange habe es Putin vermocht, nach außen ein glaubwürdiges Regierungsmodell zu vertreten. Mit der Zeit habe die Gesellschaft jedoch begonnen, diese Fassade zu durchschauen. Sie begann zu bröckeln und die Regierung habe nach neuen Wegen gesucht, sie zu erhalten. Die Propagierung von traditionellen Werten in Verbindung mit Xenophobie seitens des Regimes habe das Image Russlands auf der internationalen Bühne zusehends verschlechtert, sodass Investitionen aus dem Ausland nicht erwartet werden können, so Schröder. Notwendig sei jetzt, Vertrauen zu bilden, um das Fundament für eine gemeinsame Diskussion zu schaffen.

Wer die aktuelle Politik Putins analysieren und interpretieren wolle, müsse berücksichtigen, dass sein politischer Kurs der Jahre 2000/01 nicht mehr gültig sei, so Andrei ZAGORSKI (Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Moskau). Während der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 habe Russland den Abwärtstrend Europas und der USA beobachtet. Sie seien kein Maßstab mehr für Russland, das nunmehr sein eigenes Modell schaffen wolle – in Form der Eurasischen Union. Russland und die EU hätten verschiedene Vorstellungen von Europa. Dies bedeute jedoch nicht, dass sich Russland auf einen Konfrontationskurs mit der EU einlassen möchte. Es werbe vielmehr für die Akzeptanz der Unterschiede. Aus Zagorskis Sicht gibt es nur sehr wenige europäische Politiker, die dieses Konzept akzeptieren würden. Deshalb gebe es wohl auch wenig Hoffnung auf gemeinsame Arbeit. Beide Seiten scheuten sich vor Veränderungen im Umgang miteinander. Zagorski hält das Nullsummenspiel zwischen der EU und Russland für falsch und kritisierte, dass der Konflikt auf dem Rücken anderer Länder ausgeglichen wird – wie etwa auf dem der Ukraine. Russland sei an Investitionen, Technologien und Fachkräften aus der Europäischen Union interessiert und sich durchaus bewusst, dass die Eurasische Union kein adäquates Modernisierungsmittel darstelle, auch wenn sie kurzfristig zum Aufschwung der Industrie führen würde. Zagorski geht davon aus, dass die Zollunion keine tragbare und effiziente Struktur bilden wird. Sie sei eher ein politisches denn ein wirtschaftliches Projekt.

Insgesamt betonten alle Teilnehmer die Wichtigkeit einer neuen Vertrauensbildung zwischen Russland und der EU. Die Rückkehr Russlands zu traditionellen Einstellungen sei ein Versuch, politische Schwächen zu verdecken. Putin sei in seiner Rolle als Moderator zwischen den Elitengruppen exzellent, schaffe es jedoch nicht mehr, das Vertrauen der Bevölkerung zu halten. Dringend notwendig sei es, die Gesellschaft zu fördern, mehr Selbstbestimmung zuzulassen und mehr Bemühungen für das Wachstum aufzuwenden. Von einer Systemkrise wollte keiner der Teilnehmer sprechen. Trotzdem solle man die aktuelle Situation Russlands nicht unterschätzen und so schnell wie möglich nach Lösungsansätzen suchen.

SEXUELLE VIELFALT UND IHRE FEINDE IN OSTEUROPA

Seit 2013 gilt in Russland ein Gesetz, das die „Propaganda nichttraditioneller sexueller Beziehungen unter Minderjährigen“ unter Strafe stellt. In manchen russischen Regionen wurden bereits seit 2011 entsprechende Gesetze erlassen. Manfred SAPPER (Zeitschrift OSTEUROPA, Berlin) verdeutlichte, dass Homophobie gezielt politisiert und unter der dritten Amtszeit Wladimir Putins zum Teil seiner autoritären russischen Staatspolitik gemacht wurde. Putin mache sich dabei die in der russischen Gesellschaft weit verbreitete Homophobie zunutze, die ihm für die Verbreitung seiner antiwestlichen und antiliberalen Vorstellungen zupass komme. Erstaunlich sei, dass nicht die orthodoxe Kirche Einfluss auf die Politik ausübe, sondern die Kirche von der Politik instrumentalisiert würde.

Die Kirche ihrerseits mobilisiere Nationalisten und Fundamentalisten. Was „Propaganda von nichttraditionellen sexuellen Beziehungen“ im Einzelnen bedeute, bleibe unklar. Das, so Sapper, eröffne der Regierung einen großen Spielraum für Repressionen. Mit Blick auf die jüngere Geschichte Russlands sei die Homophobie eine Entwicklung, die

Podiumsdiskussion
5. Februar 2014, Berlin

In Kooperation mit der Initiative queer nations e. V. und der taz. tageszeitung

Bericht:
Olga Klass

erst in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts eingesetzt habe. Zur Zeit der Industrialisierung und Technisierung in den Jahren 1890 bis 1930 habe im Russischen Reich eine liberale Grundhaltung geherrscht. Der Bruch sei mit Stalins Reform zum Familienrecht und endgültig 1934 mit der Kriminalisierung homosexueller Beziehungen gekommen. In den sowjetischen Lagern dienten homosexuelle Praktiken zur Erniedrigung von Lagerinsassen. Nicht zuletzt deshalb sei Homosexualität für die russische Bevölkerung absolut negativ konnotiert.

Wie gehen andere slawische Länder mit diesen sogenannten „nichttraditionellen sexuellen Beziehungen“ um? Jan FEDDERSEN (Tageszeitung taz, Berlin) wies darauf hin, dass Tschechien eines der ersten Länder in Mittel- und Osteuropa gewesen sei, das die Eingetragene Lebenspartnerschaft bei gleichgeschlechtlichen Paaren zugelassen hat. Sapper ergänzte, dass man nicht außer Acht lassen dürfe, dass Tschechien immer antikatholisch gewesen sei und die Sexualwissenschaft hier ihren Ursprung habe. Es sei ein Land, welches als eines der ersten sexuelle Liberalität praktiziert habe. Dagegen seien im katholischen Polen die Ressentiments gegenüber Homosexualität traditionell stärker ausgeprägt. Die polnische Homophobie sei jedoch stets mit anderen Verfolgungen oder politischen Bewegungen verbunden gewesen, so Tomasz KITLIŃSKI (Sozialwissenschaftler, Brighton/Lublin). Seit dem EU-Beitritt Polens gelten aber auch hier der Rechtsschutz und das Antidiskriminierungsgesetz. Darüber hinaus tue sich Polen mit der Gleichstellung anderer Lebensformen schwer: Es gebe nicht die Möglichkeit, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften offiziell eintragen zu lassen. Positiv sei der Trend, dass immer mehr Künstler homosexueller Orientierung nach Polen kämen. Die Ausstellung zu Homosexualität, „Ars Homo Erotica“, in der Nationalgalerie Warschau im Jahre 2010 sowie die Errichtung des Warschauer Regenbogens von der Künstlerin Julita Wójcik auf dem Erlöserplatz seien wichtige Schritte auf dem Weg zur gesellschaftlichen Liberalisierung – wenn auch der Weg noch lang sei, bedenke man die Aufrufe zum Boykott der Ausstellung. Kitliński bezeichnete Polen als bipolaren Staat, der zwischen Gastfreundlichkeit und Anfeindungen schwankt. In Polen wurde die Homosexualität in der Zwischenkriegszeit entkriminalisiert, jedoch habe dies nicht das Ende der Homophobie bedeutet. Besonders mit dem aufkommenden Kapitalismus in Polen sei die Homophobie wieder stärker geworden – unabhängig davon, dass sie ein antiwestliches Phänomen sei.

Zlata BOSSINA (quarteera e. V., Berlin) wies darauf hin, dass Homosexualität in Osteuropa in manchen Bevölkerungsschichten immer noch als Verbrechen und Abnormität wahrgenommen werde. Familie und soziales Umfeld könnten meist schlecht damit umgehen oder es gar nicht akzeptieren. Die russische Bevölkerung habe sich größtenteils nicht detailliert mit dem jüngst erlassenen Gesetz auseinandergesetzt, sondern es pauschal als Legitimation für Gewalttaten gegen Homosexuelle und sämtliche Angehörige anderer „nicht-traditioneller“ Beziehungen verstanden. Bossina ist Mitgründerin des in Berlin ansässigen Vereins *quarteera*. Er ist das Sprachrohr russischsprachiger Homosexueller und Transgender in Deutschland. Der Verein erhalte zahlreiche Anfragen aus Osteuropa zum Thema Asylgenehmigung in Deutschland für Homosexuelle. Bossina wies darauf hin, dass die sexuelle Orientierung immer noch kein Entscheidungskriterium für Asylgewährung sei. Der Verein sei bemüht, die zahlreichen Anfragenden darüber aufzuklären, welchen Bedingungen man sich in den Asylheimen stellen müsste und versuche, andere Möglichkeiten für den Erhalt einer Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland aufzuzeigen.

Weitere Analysen zur Lage sexueller Minderheiten in Russland, Polen und Tschechien bietet Ausgabe 10/2013 der Zeitschrift OSTEUROPA: „Spektralanalyse. Homosexualität und ihre Feinde“.

NACH DEM SCHEITERN DES ASSOZIIERUNGSABKOMMENS UND ESKALIERTEN DEMONSTRATIONEN: WIE GEHT ES WEITER IN DER UKRAINE?

Nach dem Scheitern des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union 2013 protestierten seit Ende November 2013 mehrere Tausend Ukrainer auf dem Unabhängigkeitsplatz (Majdan Nesaleschnosti, kurz Majdan) in Kiew gegen Präsident Wiktor Janukowytsch und die gesamte ukrainische Regierung. Immer wieder setzten die Sicherheitsleute Gewalt gegen die Demonstranten ein. Die Lage eskalierte zusehends. Umso drängender wurde seit Januar die Frage nach den realen Möglichkeiten der Deeskalation.

Miriam KOSMEHL (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Kiew) schilderte die Situation in Kiew Ende Januar. Die von der Regierung gesetzte Frist zur Freiräumung aller besetzten Regierungsgebäude war abgelaufen, die Opposition war sich uneinig über das weitere Vorgehen, ebenso die Bürgersicherheitskräfte. Die Demonstranten forderten die Bildung einer neuen Regierung und die Absetzung des Präsidenten. Russland versuchte immer stärker, seinen Einfluss auf Kiew geltend zu machen. Diese Gemengelage, so Kosmehl, lasse die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Konflikts schwinden.

Unter solchen Umständen seien „Deeskalation“ und „Vertrauen“ die Schlüsselworte beim Versuch, den Konflikt zu lösen, so Ruprecht POLENZ (Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V., ehemaliger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Berlin). Vor allem seien Neuwahlen notwendig, um eine neue und vertrauensbildende Macht zu etablieren. Auch eine OSZE-Mission zur kurzfristigen Deeskalation der Lage müsse erwogen werden.

Voraussetzung dafür, dass die ukrainische Gesellschaft Vertrauen in die Politik entwickeln könne, sei die Reform der Verfassung, so Pavlo KLIMKIN (Botschafter der Ukraine in Deutschland). Der politische Konsens reiche für die Krisenlösung nicht aus: Auch der gesellschaftliche Konsens, wie ihn der Euromajdan verkörpere, spiele eine große Rolle. Klimkin unterstrich auch die Bedeutung der EU als Vermittlerin zwischen der Regierung und den Demonstranten und als Garantin der erzielten Absprachen.

Ein weiterer Akteur im ukrainischen Konflikt sind die Oligarchen. Rainer LINDNER (Deutsch-Ukrainisches Forum, Berlin) wies darauf hin, dass einflussreiche Oligarchen – wie etwa Rinat Achmetow, Dmytro Firtasch oder Wiktor Pintschuk – bisher für keine Seite Partei ergriffen hätten. Grundsätzlich seien sie vor allem an der Stabilität des Landes interessiert. Sie hätten aber auch Versuche zur politischen Öffnung unternommen. Auch die Oligarchen kämen als Vermittler in dem Konflikt in Betracht, sowohl innerhalb der Ukraine als auch zwischen Kiew und Moskau.

Welche Möglichkeiten zur Deeskalation gibt es und wie haben sich die bereits erfolgten Reaktionen der EU auf den Konflikt ausgewirkt? Der Sinn von Sanktionen ist umstritten. Bisher sei mit Sanktionen in keinem Land wirklich viel erreicht worden, sei es Belarus oder Iran, so Lindner. Polenz hingegen sprach sich für Sanktionen in Form von Kontosperrungen oder Einreiseverboten als sinnvolle Maßnahme aus, die auch ein Zeichen für die Einhaltung der UN-Charta setzen würden. Der Königsweg der friedlichen Deeskalation sei der Dialog zwischen den Konfliktparteien, moderiert durch Vermittler – etwa die Bundesregierung. Bis jetzt habe die Bundesregierung zu wenig Präsenz in Kiew gezeigt, obgleich sie willkommen sei, so Lindner. Walerij TSCHALY (Razumkow Zentrum, Kiew) bezweifelte, dass Deutschland überhaupt einen klaren Aktionsplan für die Ukraine habe. Polenz plädierte demgegenüber dafür, dass die EU-Staaten eine gemeinsame Strategie für die Lösung des Konflikts suchen, statt einzeln aufzutreten. Die Diskussions Teilnehmer waren sich einig, dass der Ukraine eine klare europäische Perspektive in Aussicht gestellt werden sollte. Das offene Zugeständnis der europäischen Politiker, dass die Ukraine in die EU gehöre, sei der entscheidende Ausdruck der Solidarität mit den Menschen auf dem Majdan, so Polenz. Vor diesem Hintergrund bedauerte Klimkin, dass die Gewährung einer klaren Beitrittsperspektive in der EU immer noch sehr kritisch gesehen werde. Er zeigte sich überzeugt, dass das Assoziierungsabkommen ein höchst geeignetes Mittel zur Durchsetzung von Reformen in der Ukraine sei. Unzureichend sei bisher diskutiert worden, wie das Abkommen implementiert werden solle.

Gescheitert war die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine an der Einmischung Russlands, das die Absage Janukowytschs an die EU mit

Podiumsdiskussion

14. Februar 2014, Berlin

In Kooperation mit dem
Deutsch-Ukrainischen Fo-
rum e. V.

Bericht:

Nadiya Fedorchenko

der Gewährung von Milliardenkrediten für die Ukraine erkaufte. Wie kann dem Druck aus Russland entgegengewirkt werden und welche Rolle kommt Russland bei der Konfliktlösung zu? Klimkin stellte klar, dass Russland kein Recht habe, über das Schicksal der Ukraine direkt zu verhandeln, zugleich sei eine Beteiligung Russlands bei der Konfliktlösung unabdingbar. Notwendig sei eine klare Abgrenzung der Bereiche, in denen Russland Mitspracherecht habe. Bezogen auf den Dialog zwischen der EU und Russland unterstrich Polenz, dass es vor allem an den unterschiedlichen Vorstellungen für die von der EU als Raum der Östlichen Partnerschaft festgelegten Länder und nicht an der mangelnden Kommunikation liege, warum der Dialog zwischen der EU und Russland sich schwierig gestalte. Während die EU unabhängigen Ländern wie der Ukraine Kooperationsangebote mache, wolle Russland seinen Einfluss einseitig erweitern. Direkte Verhandlungen mit Russland über die Ukraine kamen auch für Polenz nicht in Frage. Es sei aber wichtig, im Gespräch mit Russland die Situation in der Ukraine offen zu thematisieren bzw. die russische Position ausreichend im Auge zu behalten. Die Dialogbereitschaft sei jedoch nicht allein russisches Interesse, sondern auch im Sinne der EU. Schließlich werde 30 Prozent des russischen Gases für die EU durch die Ukraine geleitet, so Lindner.

Die Diskutanten waren sich darin einig, dass, dass zur Deeskalation der Lage in der Ukraine die Wiederherstellung des gesellschaftlichen Vertrauens in die politische Macht notwendig sei. Dazu bedarf es vor allem fairer und freier Neuwahlen von Präsident und Parlament.

UKRAINE: SOVIET PAST, EUROPEAN FUTURE?

Vortrag von Timothy Snyder
27. März 2014, Berlin

In Kooperation mit dem
Bard College Berlin, dem
Institute for Cultural Inquiry
und dem Hannah-Arendt-
Center am Bard College New
York

Bericht:
Ulrike Naumann

Die Interpretation gegenwärtiger Ereignisse bedarf immer auch eines Blickes in die Vergangenheit – zumal wenn der Interpret Historiker ist wie der US-Amerikaner Timothy Snyder. Er zeigte eindrücklich auf, dass es – entgegen manch anderslautender Behauptungen – eine ukrainische Geschichte gibt. Sie konstituiert sich aus dem Jahrhunderte währenden Mit- und Gegeneinander von benachbarten Staaten und Staatsgebilden, die ihre Herrschaftsansprüche auf die Territorien, auf denen heute die Ukraine existiert, angemeldet, erobert, verteidigt und verloren haben. Die heute unabhängige Ukraine existiert seit 1991 in den Grenzen der ehemaligen Sozialistischen Sowjetrepublik Ukraine. Essentiell für die Festigung der ukrainischen Kultur sei, so Snyder, die als *Korenizacija* (Einwurzelung) bezeichnete explizite Förderung der ukrainischen Sprache, Kultur und Gesellschaft in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts gewesen. Einschneidende Wegmarken der jüngsten ukrainischen Geschichte seien der *Holodomor* Anfang der 30er Jahre und der Zweite Weltkrieg. Hieraus speise sich auch die heutige russische Verunglimpfung aller Ukrainer, die auf dem *Majdan* für die Durchsetzung ihrer Rechte und die Unabhängigkeit der Ukraine demonstrieren, als Faschisten. Die von Stalin künstlich herbeigeführte Hungerkatastrophe, heute als *Holodomor* bezeichnet, in deren Verlauf und Folge mehrere Millionen Ukrainer starben, war ein Tabuthema in der Sowjetunion. Das von den Nationalsozialisten geführte Deutschland machte die Hungerkatastrophe dagegen öffentlich zum Thema. Fortan hätten alle Ukrainer, die das in der Sowjetunion geltende Redeverbot ignorierten, als Faschisten gegolten. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Ukraine zwischen Deutschland, das die Ukraine zum „Lebensraum im Osten“ erklärt hatte, und der Sowjetunion zerrieben. Die Zusammenarbeit vor allem der Westukrainer mit den Nationalsozialisten habe den Ruf der Ukrainer als Faschisten gefestigt. Die russische Propagandamaschine, so Snyder, verstehe es hervorragend, diese ukrainische Geschichte in ihrem Sinne zu interpretieren. Zweifelsohne hätten sich Rechte und Rechtsextreme an den Protesten auf dem *Majdan* beteiligt, angesichts der Masse der Demonstranten und ihres breiten ideologischen Spektrums von links bis rechts seien die Rechtsextremen jedoch eine absolute Minderheit. Dass die Russen das eigene Volk und die Welt vor den ukrainischen Nationalisten warnen, sei besonders perfide: Es sei Russland, so Snyder, das eine nationalistische Politik betreibe und seine Herrschaftsansprüche – zum Beispiel auf die Krim – ethnisch begründe.

Der russische Imperialismus finde seinen Ausdruck im Projekt der Eurasischen Union. Diese sei, so Snyder, keine Alternative zur EU, sondern trete als Konkurrent auf. Ziel der Eurasischen Union sei es, den Zerfall der EU zu bewirken, die Putin als große jüdische und homosexuelle Verschwörung stilisiere. Dabei könne Russland ohne das Feindbild EU gar nicht existieren. Allein schon in diesem Sinne habe Russland eine europäische Zukunft.

Was die Zukunft der Ukraine angeht, so liegt sie – einmal mehr – nicht allein in den Händen der Ukrainer. Russland versucht mit aller Macht, die Ukraine in seinen Einflussbereich zu ziehen und sie als Teil einer noch zu gründenden Eurasischen Union auf Konfrontationskurs zum Westen zu bringen. Die Europäische Union sucht seit Monaten nach der richtigen Antwort auf den Konflikt. Sie schickt Unterhändler nach Kiew und geriert sich als Moderator zwischen der Ukraine und Russland. Wichtig sei im Moment, so Snyder, dass die Ukraine zur Ruhe kommt und das *rule of law* durchsetzt. Revolutionen schafften immer neue Umstände. Die daraus entstehende Energie gelte es nun zum Vorteil der Ukraine zu nutzen. Geeint habe die Demonstranten die Gegnerschaft zu Wiktor Janukowytsch und dem gesamten korrupten politischen Regime der Ukraine. Auf dem Programm stehe nun die Entfaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Pluralismus, den Janukowytsch zu ersticken versucht habe. Snyder bezeichnete die Krise in der Ukraine auch als existentiellen Test für die Europäische Union. Gelingt es ihr, die Ukraine auf den Pfad der Rechtsstaatlichkeit zu führen und weiterhin diese große Anziehungskraft auf die Ukraine auszuüben? Schafft sie es, eine gemeinsame, glaubwürdige Politik gegenüber der Ukraine zu führen?

DIE ROLLE UND BEDEUTUNG BERG-KARABACHS IN DER ENTWICKLUNG DES SÜDKAUKASUS

Die Auflösung der Sowjetunion und die Bildung unabhängiger Nationalstaaten sind im Großen und Ganzen erstaunlich geräuschlos vonstatten gegangen. Dennoch gibt es bis heute Konflikte um Territorien, auf die unterschiedliche Parteien Anspruch erheben. Die Krim ist unter ihnen sicherlich das bekannteste Beispiel. Weniger prominent ist der Konflikt um Berg-Karabach im Südkaukasus. Auch hier ist die Gefahr der militärischen Eskalation latent vorhanden.

Nachdem Berg-Karabach 1991 seine Unabhängigkeit von Aserbaidschan ausgesprochen und Aserbaidschan den Krieg verloren hat, gibt es fruchtlose Gespräche zwischen Aserbaidschan und Armenien, das die Interessen von Karabach im Verhandlungsprozess vertritt. Die Verhandlungen über eine mögliche friedliche Lösung werden seit 1992 unter Vermittlung der Minsker OSZE-Gruppe (USA, Frankreich, Russland) geführt. Keinen Platz an diesem Tisch haben Vertreter von Berg-Karabach, dem es in den vergangenen 20 Jahren gelungen sei, einen voll funktionsfähigen Staat mit dem dazu notwendigen Apparat auf demokratischen Prinzipien aufzubauen, so Ashot GHULYAN (Parlamentspräsident der bisher nicht anerkannten Republik Berg-Karabach). Otto LUCHTERHANDT (Abteilung für Ostrecht-Forschung, Universität Hamburg) forderte, dass auch Berg-Karabach an den Friedensverhandlungen beteiligt werden müsse, zumal der Weltsicherheitsrat Berg-Karabach während des Krieges als Kriegspartei anerkannt habe. Uwe HALBACH (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) charakterisierte die Gesprächsstrukturen der Verhandlungen, die bisher nur auf hoher diplomatischer Ebene geführt würden, als erstarrt und ritualisiert.

Voraussetzung für den Erfolg der Friedensverhandlungen ist die Bereitschaft aller Parteien zum Friedensschluss und zum Kompromiss. Als problematisch bezeichnete Halbach die Tatsache, dass Russland als Teil des Mediatorenteams (Minsk Gruppe) Waffen an beide Konfliktparteien liefere, sowohl an Armenien als auch an Aserbaidschan. Auch Aserbaidschan lasse bisher jegliche vertrauensbildende Maßnahmen vermissen, wie Luchterhandt hervorhob. Aserbaidschans Ton gegenüber Armenien sei, so Halbach, martialisch. Unter dieser Bedingung sei es unwahrscheinlich, dass Armenien der aserbaidshianischen Forderung nachkomme, seine Truppen aus dem Grenzgebiet von Aserbaidschan und Berg-Karabach abzuziehen. Ob Armenien grundsätzlich zu diesem Abzug bereit ist, sei jedoch schon die nächste Frage.

Halbach zeigte sich besorgt, dass der Konflikt um Berg-Karabach trotz seiner Sprengkraft nicht ernst genommen werde. Die Europäische Union zeige weder großes Interes-

Podiumsdiskussion
1. April 2014, Berlin

In Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin

Bericht:
Dr. Gabriele Freitag

se noch Engagement. Wolfgang BÖRNSEN (Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2013) forderte die Bundesregierung auf, sich bei der Lösung des Konflikts stärker zu engagieren. Dabei könne diese auf eigene Erfahrungen zurückgreifen: Modelle wie der Minderheitenschutz von Dänen und Deutschen im deutsch-dänischen Grenzgebiet seien übertragbar.

Eine baldige Lösung des Konflikts um Berg-Karabach scheint nicht in Sicht. Auch der Konflikt auf der Krim habe bisher keine Auswirkungen auf die Situation im Südkaukasus gehabt, so Ghulyan.

DER ERSTE WELTKRIEG IM OSTEN EUROPAS

Jahrestagung der
Deutschen Gesellschaft für
Osteuropakunde
in Kooperation mit der
Westfälischen Wilhelms-
Universität Münster und der
Stadt Münster
3.–4. April 2014, Münster

Bericht:
Joanna Jurkiewicz,
Ulrike Naumann

Fotos:
Kristin Kahlhöfer/DGO

Bis vor kurzem war der Erste Weltkrieg in der breiten Öffentlichkeit kaum Thema. Die Tatsache, dass sich sein Ausbruch im Jahr 2014 zum hundertsten Mal jährt, hat jedoch zu einer Vielfalt an Informationen auf allen Kanälen geführt – in Kunst, Kultur und Wissenschaft. Auch die *Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde* hat ihre Jahrestagung dem Thema „Erster Weltkrieg“ gewidmet, ihr Augenmerk aber speziell auf den Osten Europas gelegt, der in der allgemeinen Rezeption nach wie vor zu kurz kommt. Tagungsort war die Friedensstadt Münster, deren Oberbürgermeister Markus LEWE die Gäste im Erbdrostenhof willkommen hieß. Er betonte, wie wichtig die Erinnerung an diesen Krieg sei: Das Europa, in dem wir heute leben, habe dort seine Wurzeln. Der Erste Weltkrieg, so Ruprecht POLENZ, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, sei als Auftakt des gewaltsamen 20. Jahrhunderts zu verstehen: Dieser und der folgende Weltkrieg, die totalitären Ideologien des Faschismus und des Kommunismus sowie die geopolitische Teilung Europas in einen sogenannten „Ost-“ und „Westblock“ hätten das Jahrhundert geprägt. Es sei ein großes Glück, diese Teilung überwunden zu haben.

An der feierlichen Eröffnung der Tagung nahmen Vertreter der Münsteraner Partnerstädte York, Orléans und Lublin teil. Sie stellten die Projekte und Veranstaltungen vor, mit denen ihre Heimatstädte des Ersten Weltkriegs gedenken. Besonders wichtig sei der Erste Weltkrieg für Lublin gewesen, das – wie ganz Polen nach den Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts – von den Nachbarstaaten besetzt war. Während des Krieges habe sich Lublin, so die Historikerin Joanna ZŁOTKIEWICZ-KŁEBUKOWSKA von der Universität in Lublin, trotz der österreichischen Besatzung neben Warschau zum zweitwichtigsten Zentrum des politischen Lebens der polnischen Bevölkerung entwickeln können.

Das Europäische Mächtekonzept 1914–1918

Die Frage, ob die polnische Republik auch ohne den verheerenden Verlauf des 1914 so euphorisch begonnenen Krieges wiedererstanden wäre, muss unbeantwortet bleiben. Doch was waren die Gründe dafür, dass die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo in den Ersten Weltkrieg mündete? Bei der Suche nach einer Antwort darauf ging es Festredner Herfried MÜNKLER, Humboldt-Universität zu Berlin, ausdrücklich nicht um die Frage: Wer hat die Schuld am Krieg?, sondern vielmehr darum, warum der Wille gefehlt habe, so Münkler, den Krieg bereits im Spätherbst 1914 zu beenden. Münkler beschrieb die Mächtekonstellation am Vorabend des Ersten Weltkriegs als Dilemma: Die europäischen Großmächte hatten sich im 19. Jahrhundert in zwei Bündnissen organisiert, jedoch waren diese Koalitionen äußerst fragil. Weder der Dreibund – bestehend aus Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien – noch die Triple Entente, zu der sich Frankreich, Russland und Großbritannien zusammengenommen hatten, sprachen mit einer Stimme. Keiner habe sich im Ernstfall darauf verlassen wollen, dass die Partner ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen würden. Deswegen hätten sie, so Münkler, in einer größeren Konfrontation die Chance gesehen, die Bündnistreue auf

die Probe zu stellen. Nur ein ernster Konflikt, so das Kalkül, könne zeigen, auf wen Verlass sei. Das gegenseitige Misstrauen und die Befürchtung, bei einem frühzeitigen Waffenstillstandsabkommen oder Friedensverhandlungen möglicherweise Nachteile gegenüber den Bündnispartnern akzeptieren zu müssen, habe die beteiligten Staaten davon abgehalten, ernsthafte Anstrengungen zur Beendigung des Krieges zu unternehmen. Obgleich sich bereits im Spätherbst abgezeichnet habe, dass der Plan eines schnell zu beendenden Offensivkrieges zu scheitern drohte, habe niemand die Stärke und Autorität besessen, die Initiative zum Friedensschluss zu ergreifen, so Münkler. Da sich jedoch auch weder die Soldaten noch die Arbeiter der Rüstungsindustrie dem Krieg verweigerten, habe der Krieg erst vier Jahre später beendet werden können – zu spät, um die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ zu verhindern.



Herfried Münkler

Erinnerung und Geschichtspolitik

Der zunächst mit Zuversicht und Begeisterung geführte Krieg entwickelte sich für die Zivilbevölkerung und die Soldaten millionenfach zu einer sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Katastrophe. Im Vorfeld der Tagung drehten – organisiert vom *Bennohaus Münster* und finanziert von der *Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*, der Stadt Münster sowie der DGO – junge Menschen aus Orléans, Rjasan, Lublin sowie aus Münster Kurzfilme zum Thema „Wie wird in meiner Heimatstadt an den Ersten Weltkrieg erinnert?“, in denen sie der Erinnerung an diese Katastrophe auf die Spur gingen. Trotz der Dominanz des Zweiten Weltkriegs in der europäischen Erinnerung ist auch der Erste Weltkrieg in diesen Städten präsent – sowohl in Form von Gedenkstätten und Museen als auch in den Köpfen der Menschen, die, obwohl sie keine Zeitzeugen mehr sind, dennoch einen Bezug zum Ersten Weltkrieg haben. Ein gemeinsames Leitmotiv der Filme, die zum Auftakt des zweiten Konferenztages, der in den Räumlichkeiten der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster stattfand, gezeigt wurden, war die soziale Sprengkraft des Krieges, der Familien auseinander riss und zerstörte.

Unabhängig von dem geteilten menschlichen Leid wird die politische Bedeutung des Ersten Weltkriegs in den betroffenen Ländern ganz unterschiedlich wahrgenommen. Welche Auswirkung hatte er für das Nationalbewusstsein im Westen und im Osten Europas? Dietrich BEYRAU, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, wies darauf hin, dass es im Westen eine mittlerweile weitgehend gleiche Erinnerungskultur gebe, die gepflegt und systematisch finanziert werde. Im Osten dagegen zerfalle das Gedenken in eigene nationale Narrationen. Im Fall Russlands handele es sich, so Beyrau, um einen „vergessenen Krieg“. Die Erinnerung an ihn sei zeitweise nicht nur verschwunden, sondern sogar systematisch zerstört worden. Nach dem Zerfall der Sowjetunion habe sich die Situation zum Teil geändert, da es mittlerweile eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg gebe, der jedoch noch immer in der Öffentlichkeit marginalisiert sei. Das Narrativ Ost-West müsse hinterfragt werden, sagte Julia EICHENBERG, Humboldt-Universität zu Berlin/Centre Marc Bloch. Sie diskutierte Erinnerungsfiguren in Frankreich, Großbritannien und Polen in vergleichender Perspektive. Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in Deutschland unterscheide sich deutlich von der in Großbritannien oder Frankreich, da ihm in Deutschland deutlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt werde. Deutschland gleiche in dieser Hinsicht vielmehr Osteuropa. In Polen, wo – wie in vielen anderen Ländern auch – die private Erinnerung durch die offizielle Erinnerungskultur überlagert wird, gebe es mittlerweile Projekte, die den Ersten Weltkrieg aus einer privaten Perspektive aufgreifen. Diese fänden aber nur wenig Beachtung, da die offizielle Erinnerungskultur vorgibt, was und wie erinnert werden solle, so Eichenberg. Marie-Janine CALIC, Ludwig-Maximilians-Universität München, ging auf den heutigen Stellenwert des Kriegsausbruchs in Serbien und Bosnien ein, dem regionalen Aus-

gangspunkt des globalen Krieges. Der Erste Weltkrieg stehe in Serbien im Fokus vieler aktueller Publikationen, was teilweise mit dem regen Interesse am Christopher Clarks Buch „Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ zusammenhänge. Clarks Vorstellung von Serbien als Kriegstreiber werde in der aktuellen Geschichtsdebatte in Serbien heftig abgelehnt. Aufgrund der historischen Entwicklungen sei in Serbien die Vorstellung der eigenen Unschuld weit verbreitet: Einer aktuellen Studie zufolge glauben 70 Prozent der Serben, nur gerechte Kriege geführt zu haben.

Jubiläen bieten die Gelegenheit, historische Ereignisse ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und neu zu interpretieren. Allzu oft wird der öffentliche Diskurs jedoch von politischen Konjunkturen bestimmt. Das, so Calic, verhindere, dass auch jüngere Menschen eine differenzierte Perspektive entwickeln können. Beyrau geht davon aus, dass den Geschehnissen an der Ostfront in Zukunft mehr Aufmerksamkeit gewidmet und sich eine eigene Gedenkkultur entwickeln werde, die die Dominanz der Westfront in der allgemeinen Wahrnehmung durchbrechen werde.



Marie-Janine Calic

Der Erste Weltkrieg als Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts – soziale, wirtschaftliche und politische Folgen

Egal, wohin man blickt – ob an die West- oder Ostfront: Das Ausmaß der Gewalt war immens. Gewalt lässt sich kaum als eigenständige Kategorie historischer Untersuchung begreifen. Um die spezifischen Ausprägungen gewaltsamen Handelns zu erklären, kommt es gerade auch für den Ersten Weltkrieg auf den konkreten Kontext an. So könne die Gewalt deutscher Truppen gegen Zivilisten in Belgien und Polen aus einer vermeintlichen Notwehr gegenüber Freischärlern hergeleitet werden, die auf die Erfahrungen des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 zurückgeht. Neu und spezifisch sei auch der massenhafte, anonyme Tod durch Artilleriebeschuss. Intensiv diskutierten die Referenten Jochen BÖHLER vom Imre Kertész Kolleg an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Ulrich HERBERT von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie Stefan PLAGGENBORG von der Ruhr-Universität Bochum im Panel „Gewalt als Urerfahrung des Ersten Weltkriegs“ den Zusammenhang zwischen der Organisation militärischer Gewaltausübung in einem bis dahin ungeahntem Ausmaß durch den modernen, bürokratischen Staat einerseits und die Freisetzung unregelter Gewalt, als dieser im östlichen Europa zusammenbrach, andererseits. Der Blick auf die Nachkriegsgesellschaften zeige mitunter überraschende Befunde. So seien im faschistischen Italien in den frühen zwanziger Jahren weit weniger Menschen ums Leben gekommen als die Gewaltretorik hätte erwarten lassen. Die Nationalsozialisten hätten die Erfahrung des Ersten Weltkriegs so interpretiert, dass Deutschland als der strukturell unterlegene Akteur schnell und extrem handeln müsse. Die nochmalige Steigerung der Gewalt gegenüber dem Ersten Weltkrieg sei demnach keine Eskalation, sondern die Folge kühler Berechnung gewesen.

Gewalt ging im Ersten Weltkrieg nicht nur von den Soldaten aus, sondern auch von den Imperien: Alle drei Kontinentalimperien, so Ulrike VON HIRSCHHAUSEN, Universität Rostock, hätten massive staatliche Gewalt gegen bestimmte Gruppen der eigenen multiethnischen Kriegsgesellschaft ausgeübt. Auch dies habe zum Zerfall der Imperien beigetragen. Ausschlaggebend seien jedoch, so Ulf BRUNNBAUER, Universität Regensburg, die systemischen Defizite ihrer institutionellen Ordnung gewesen. Der Krieg habe als Katalysator gewirkt, wobei vor allem das Unvermögen, die urbane Bevölkerung Öster-

reichs zu versorgen, einen umfassenden Legitimitätsverlust der Reichsführung zur Folge gehabt habe. Hingegen hätten die Eliten der Nationalitäten gerade auch wegen der offiziellen Sanktionierung von Nationalität als Zugangsvoraussetzung zu politischer Partizipation einen Legitimitätswachstum erfahren. Für Polen wurde der Zerfall der Imperien zum „Geburtshelfer“. Insofern werde der Erste Weltkrieg in Polen nicht als „Urkatastrophe Europas“ wahrgenommen, wie Jan PISKORSKI, Universität Stettin, aufzeigte. Indem er die Auflösung der imperialen Ordnungen der Vielvölkerreiche forcierte, habe der Krieg zugleich die Rückkehr zu einer älteren europäischen Grundordnung – das Europa der freien Völker – ermöglicht.

Der Erste Weltkrieg in der Kultur und Theologie

Während der Großteil der vom Ersten Weltkrieg betroffenen Zivilbevölkerung erst nach dessen Ende begann, das Geschehen aufzuarbeiten und zu verarbeiten, brachten viele Künstler schon mitten im Krieg ihre Eindrücke und Gefühle zum Ausdruck – sei es in literarischer, musikalischer oder gestalterischer Form. Polnische Künstler und Intellektuelle wie Witold Hulewicz, Stanisław Wyspiański und Ignacy Witkiewicz (Witkacy) reflektierten den Ersten Weltkrieg sehr zwiespältig, wie Lidia GŁUCHOWSKA, Universität Zielona Góra, herausarbeitete. Alida BREMER, Literaturwissenschaftlerin in Münster, ging auf den kroatischen Schriftsteller Miroslav Krleža ein, der zu den Antikriegsliteraten gehöre und der in seinen Werken u. a. den Umgang mit den „kleinen Völkern“ und ihrer unterprivilegierten Bauern kritisiert habe. Dennoch habe er auch immer Distanz zu den Mythenbildungen sowohl innerhalb der jugoslawischen Einigungsbewegung als auch in anderen nationalen Bewegungen, die gerade nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Vormarsch waren, bewahrt.

Die Referenten des Panels „Kriegstheologie im Osten Europas“ diskutierten die Rolle der Kirche und Religion im Krieg. Das Verhältnis des Christentums zu Krieg und Gewalt sei grundsätzlich zwiespältig: Einerseits gelte das christliche Prinzip der Gewaltfreiheit, so Heinz-Günther STOBBE, Universität Siegen, andererseits wurde und werde im Namen von Religion immer wieder Gewalt ausgeübt. Schwierig sei auch die Vereinbarkeit des Absolutheitsanspruchs der christlichen Lehre mit dem Postulat einer friedlichen Koexistenz der Menschen. Dass die Kirche auch als Akteur in Kriegen auftrete, zeigte Alfons BRÜNING, St. Radboud Universität Nijmegen, auf: Zwar habe die russisch-orthodoxe Kirche im Ersten Weltkrieg nicht direkt interveniert, doch hätten Priester karitative Aufgaben übernommen und Seelsorge geleistet. Zudem wies er auf die orthodoxe Kriegsrhetorik hin, die den politischen Krieg zu einem ideologischen und kulturphilosophischen gemacht habe. Theologie habe vor dem Hintergrund des Krieges eine metaphysisch-apokalyptische, geradezu mythische Dimension gehabt, so Brüning.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker gestern und heute

Dass das von großen Katastrophen ausgelöste Abschreckungspotential oft nur von kurzer Dauer ist, zeigt der Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Immer wieder brechen sich nationale Interessen Bahn – sei es, dass Nationen ihren Führungsanspruch bewahren oder ausbauen wollen, sei es, dass sich nationale Einheiten von Abhängigkeiten befreien wollen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird dabei nur allzu oft als Anwalt vermeintlich legitimer Interessen bemüht. Bereits 1914 veröffentlichte Lenin seine Schrift „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, wie Jörg FISCH, Universität Zürich, in Erinnerung rief. 1966 sei das Selbstbestimmungsrecht auf sowjetischen Druck hin in den beiden Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen betont worden.

Das post-sowjetische Russland legt bei der Gültigkeit des Selbstbestimmungsrechts der Nationen durchaus widersprüchliche Maßstäbe an: Während es die Unabhängigkeitsbestrebungen der nordkaukasischen Völker blutig unterdrückt, bemühte es 2008 das Selbstbestimmungsrecht als Rechtfertigung für die Unterstützung Südossetiens und Abchasiens in der Auseinandersetzung mit Georgien, zu dem die beiden Gebiete völkerrechtlich gehören. Aktuell und akut ist die Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland nach der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland. Mit dem Verweis darauf, lediglich dem Willen der Krimbevölkerung gefolgt zu sein, die in einem Referendum mehrheitlich für den Anschluss der Krim an Russland gestimmt hätte, setzte Russland kurzerhand die Gültigkeit der Staatssouveränität für die Ukraine außer Kraft. Russlands Präsident Putin verhalte sich gegenüber der Ukraine, als ob es

die Sowjetunion noch gäbe, so Gerhard SIMON, Universität Köln. Dabei sei die Ukraine inzwischen ein souveräner Staat. In Putins Augen dagegen sei die Ukraine eine russische Kolonie, weshalb Simon davon ausgeht, dass er die Ukraine weiter destabilisieren wolle. Ruprecht POLENZ teilte diese Sorge nicht: Putin habe bereits alles erreicht, was er erreichen wollte. Wichtig sei jetzt, die Ukraine zu unterstützen, sowohl strukturell als auch finanziell. Dem schloss sich Markus MECKEL, Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, an und forderte die EU auf, mit einer klaren Reaktion Stellung zum russischen Vorgehen in der Ukraine zu beziehen. Die Verteidigung der Integrität der Ukraine, die Russland nicht anzuerkennen scheine, liege auch in der Verantwortung der europäischen Länder und der USA. Zwar hätten die europäischen Länder auf die Krim-Krise richtig reagiert, der Druck auf Russland müsse jedoch verstärkt werden.

Dieser Appell spiegelt sich auch in der „Münsteraner Erklärung zur Ukraine“ wider, die von Mitgliedern der DGO während der Konferenz verabschiedet wurde (siehe Seite 19 in diesem Rundbrief).

DIE UKRAINE. EUROPÄISCHE REFLEXIONEN

Veranstaltungsreihe
April – Mai 2014, Berlin

In Kooperation mit dem
Literaturhaus Berlin, dem
Suhrkamp-Verlag, der
Volksbühne Berlin, dem
Polnischen Institut Berlin,
der Vertretung der Europäischen
Kommission in
Deutschland und dem Ger-
man Marshall Fund of the
United States und mit finan-
zieller Unterstützung durch
die
ZEIT-Stiftung Ebelin und
Gerd Bucerius.

Bericht:
Nadiya Fedorchenko,
Joanna Jurkiewicz,
Ulrike Naumann

Foto:
Joanna Jurkiewicz/DGO

Die Ukraine steckt in einer tiefen Krise. Nach dem politischen Umsturz, der Annexion der Krim durch die Russländische Föderation und mit den separatistischen Bestrebungen im Osten des Landes konfrontiert, gilt es, das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Koordinatensystem des Landes neu zu justieren. Die Gesprächsreihe „Die Ukraine. Europäische Reflexionen“ mit Intellektuellen aus der Ukraine, Polen und Deutschland beleuchtete die Erwartungen der unterschiedlichen Strömungen in der ukrainischen Protestbewegung, den Blick von Intellektuellen aus und auf die Ukraine, die politischen Handlungsspielräume zur Überwindung der Staats- und Souveränitätskrise sowie Optionen einer künftigen Orientierung der Ukraine in Europa.

Der Majdan als Agora

Voraussetzung für alles Nachdenken über einen Ausweg aus der derzeitigen Situation sei die Anerkennung der Tatsache, dass die Ukraine ein eigenständiges Subjekt ist. Viel zu oft, so die Publizistin und Übersetzerin Kateryna MISHCHENKO (Kiew), werde die ukrainische Gegenwart aus der russischen Perspektive wahrgenommen und interpretiert. Dadurch sei das Bild in den Westen transportiert worden, der *Majdan* sei eine nationalistische Bewegung, die Demonstranten kämen hauptsächlich aus dem rechts-extremen Milieu und seien Faschisten. Dieses Bild korrigierte Mishchenko, die selbst an den monatelangen Protesten teilgenommen hat. Charakteristisch an den Demonstranten sei vielmehr die starke soziale und politische Durchmischung gewesen. Natürlich habe es auch Demonstranten gegeben, die dem rechtsextremen Milieu zuzurechnen sind. Jedoch seien sie stets in der Minderheit gewesen. Dass sie dennoch im Mittelpunkt der Berichterstattung über die Demonstrationen auf dem *Majdan* gestanden hätten, habe daran gelegen, dass sowohl die ukrainische Staatsführung als auch der russische Präsident die Nationalisten und Rechten zum Hauptgegner erklärt hätten, um die breite gesellschaftliche Ablehnung gegen „den Faschismus“ für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Dadurch sei die ganze Protestbewegung diskreditiert worden.

Ausgangspunkt der bald *Euromajdan* genannten Bewegung war der Protest gegen die Absage der Ukraine an die EU. Schnell habe sich jedoch die breite Unzufriedenheit mit dem immer stärker autoritären System Janukowytchs Bahn gebrochen. Die Menschen seien für die Wahrung ihrer Würde, für die Durchsetzung von Rechtssicherheit und gegen die Korruption auf die Straße gegangen. Es sei der Versuch gewesen, so Mishchenko, Politik anders zu denken. Als Projektionsfläche habe die Europäische Union dabei eine enorm wichtige Funktion, da sie als Garantin dieser Grundwerte wahrgenommen werde.

Das Präfix „Euro“ sei für die Mehrheit der Ukrainer grundsätzlich positiv konnotiert.

Neben dem politischen Erfolg ist der bereits errungene gesellschaftliche Erfolg des *Euromajdan* grundlegend für die Zukunft der Ukraine: Die gegenseitige Unterstützung der Ukrainer aus allen Landesteilen und aus dem Ausland – sei es moralisch oder materiell mit Kleidung, Nahrung oder Medizin – hat das zivilgesellschaftliche Potential der Ukrainer offenbart. Zugleich ist sie ein Beleg dafür, dass die Wahrnehmung der Ukraine als zwischen Ost und West gespaltenes Land, verkürzt ist.

Sprache und Nation

In der Ukraine gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Sprache und Identität. Häufig werden die regionalen Unterschiede im Sprachgebrauch, vor allem in den ausländischen Medien, mit der nationalen Zugehörigkeit gleichgesetzt: Die überwiegend russischsprachigen Bewohner des Ostens und Südens der Ukraine würden fälschlicherweise oft als russische Bevölkerung bezeichnet, so Volodymyr KULYK, Politikwissenschaftler aus Kiew. Die Realität sei jedoch viel komplexer: In postimperialen Ländern wie der Ukraine sei Mehrsprachigkeit weit verbreitet. Viele Ukrainer würden die imperiale Sprache der Sowjetunion, das Russische, noch beherrschen und im Alltag verwenden. Die Sprachidentität und Sprachpraxis gingen in der Ukraine auseinander. Kulyk verdeutlichte diese Komplexität anhand von statistischen Daten. Die Umfragen ergeben, dass sich die Mehrheit der Befragten als Ukrainer definieren. Unabhängig davon sei jedoch die Entscheidung, welche Sprache sie im Alltag gebrauchen.

Die Mehrsprachigkeit in der Ukraine wurde und wird immer wieder politisch instrumentalisiert. Die Frage, ob nur das Ukrainische oder auch das Russische Amtssprache der Ukraine sein sollte, ist daher ein klassisches Wahlkampfthema. Der Anteil der Bevölkerung, der das Ukrainische bevorzuge, halte sich mit dem Anteil derer, die für das Russische plädieren, die Waage, so Kulyk. Er kritisierte die antiukrainische Sprachenpolitik von Präsident Janukowytsch, zeigte sich aber zugleich skeptisch gegenüber einem „sprachlich blindem Patriotismus“ des *Euromajdan*. Seiner Meinung nach dürfe man einerseits nicht an der konventionellen Vorstellung von Sprache und Nation festhalten – diese sei fast nirgendwo in der Welt eine Realität. Andererseits sei es wichtig, den Gebrauch und die Verbreitung der ukrainischen Sprache zu stärken, da dadurch die symbolische Identitätsbildung unterstützt werde.

Neben der Sprache ist die Geschichte ein zentrales Element der Identitäts- und Nationsbildung. Die Geschichte der Ukraine kann nicht ohne die Geschichte Russlands erzählt werden. Auch das trägt zur Komplexität der gegenwärtigen Krise bei.

Geschichte und Erinnerung

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland seien, so Anna Veronika WENDLAND, Herder-Institut Marburg, stets von einem pragmatischen Ansatz geprägt gewesen. Moskau nutze die Geschichte als Instrument zur Durchsetzung seiner Interessen mit und in der Ukraine. Mit Berufung auf historische Ideen wie die „Heilige Rus“ oder „Noworossia“ versuche Russland, die Ukraine zu spalten und das Land gezielt zu destabilisieren. Darauf zielen auch die Moskauer Darstellung des *Euromajdans* als „ein antirusisches faschistisches Produkt“, das Nationalisten an die Macht gebracht habe, ab. Was ist das Motiv dieser russischen Politik? Der Historiker Wilfried JILGE (Berlin/Moskau) sieht es im russischen Imperialismus begründet. Für Russland sei die Ukraine als drittes „slawisches Kernland“ neben Belarus und Russland selbst unverzichtbar bei der Wiederbelebung einer eurasischen Großmacht – die ohne die Ukraine schnell zu einer „Asiatischen Union“ zu werden drohe. Ihre ideologische Unterfütterung erhalte die russische Großmachtspolitik durch die 2007 von Putin gegründete Organisation *Russkij Mir*, die die Zusammengehörigkeit der drei slawischen orthodoxen Länder Russland, Belarus und die Ukraine propagiere.

Der Konflikt in der Ostukraine: Ursachen und Auswege

Den Ursprung der heutigen Krise in der Ostukraine verortet Wendland im Jahre 2010, als Janukowytsch das Amt des Präsidenten angetreten hat. In der Folge sei es zu einer engen Verflechtung zwischen den Behörden und der Mafia im Donbass sowie den ostukrainischen Gebieten gekommen. Die größte Herausforderung für die neue ukrainische Regierung sei die Herstellung von Rechtssicherheit in der Ostukraine. Derzeit bestim-

men angesichts der bewaffneten Auseinandersetzung Angst und Orientierungslosigkeit das Leben der Menschen im Donbass – denkbar schlechte Ausgangsbedingungen für den neuen Präsidenten der Ukraine.

Wichtig sei, so der ukrainische Journalist und Schriftsteller Mykola RIABCHUK, dass die neue Regierung die regionalen und lokalen Eliten der Ostukraine in die Konfliktregulierung einbeziehe. Auch die Dezentralisierung der Macht könne zur Lösung der Krise beitragen. Dem stimmte Andreas UMLAND, Politikwissenschaftler in Kiew, zu und verwies auf den von der Übergangsregierung bereits vorgelegten Reformentwurf zur Dezentralisierung hin. Umland geht davon aus, dass eine solche Reform den Separatisten viel Kraft entziehen würde. Den Bürgern würde sie dagegen eine stärkere Kontrolle der Macht ermöglichen. Darin sieht Susan STEWART, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, den Schlüssel zur Regulierung des Konflikts: Es müssten vor allem die alten ukrainischen *Governance*-Muster überwunden werden, die die korrupte Wirtschaft mit der Politik verzahnen.

Welche Rolle kommt Russland und der Europäischen Union bei der Lösung des Konflikts in der Ostukraine zu? Riabchuk identifizierte Russland als Drahtzieher der Krise. Seit Jahren habe Moskau daran gearbeitet, die Ukraine in ein „zweites Bosnien“ umzuwandeln. Nun sende es die Botschaft in alle Welt, die Ukraine sei ein *failed state* und müsse aufgeteilt werden. Es sei kein Geheimnis mehr, so Riabchuk, dass Mitarbeiter der russischen Sicherheitsbehörden bzw. russische Freiwillige die Separatisten unterstützten. Auch Stewart erkennt in dem derzeitigen Verhalten Russlands ein bereits bekanntes Muster. Sie geht jedoch nicht davon aus, dass die russische Aggression in der Ukraine von langer Hand geplant gewesen sei. Darüber hinaus wies sie auf die große Heterogenität der separatistischen Kampfgruppen hin, die keinesfalls alle von Moskau kontrolliert würden.

Dass eine Lösung des Konflikts ohne Einbeziehung Russlands nicht möglich ist, sei eine der Grundlinien der Europäischen Union bei ihren Vermittlungsversuchen. Allerdings gestalte sich dieser Dialog extrem schwierig. Es sei in etwa so, „wie mit Blinden über Farben zu reden“, so Marzenna GUZ-VETTER, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Man habe es mit einem anderen, „neuen“ Russland zu tun. Guz-Vetter beklagte den Mangel an Kenntnis, wie mit *diesem* Russland umzugehen sei. Abgesehen von der Notwendigkeit, sich kurzfristig an der Lösung des Konflikts zu beteiligen, müsse sich die EU in Zukunft in ihren Hilfsprogrammen viel stärker dem Osten der Ukraine zuwenden und die Zivilgesellschaft stärker fördern.

Quo vadis, Ukraina?

Der Ausgang der gegenwärtigen Krise ist ungewiss. Er hängt von der Entwicklung der ukrainischen Gesellschaft und dem Verhandlungsgeschick des neuen ukrainischen Präsidenten ab. Hinzu kommen die Reaktionen und Angebote der Europäischen Union sowie Russlands.

Nach dem Gewaltexzess im Februar sind viele Ukrainer zunächst in eine Schockstarre gefallen. Zwar haben die Demonstranten ihr Ziel erreicht: den Sturz Janukowytschs. Doch der Preis war hoch. Der Germanist und Essayist Jurko PROCHASKO (Lemberg), diagnostizierte ein unbewusstes Schuldgefühl bei den Revolutionären: War die Eskalation wirklich notwendig? Wäre nicht mehr Geduld angebracht gewesen? Die Frage nach der Schuld werde bleiben. Prochasko selbst glaubt nicht, dass man länger hätte warten können. Er begreift die Ereignisse des Winters 2013/14 als Revolution, die endlich zur Wende in der Ukraine geführt habe – dass diese Wende schon 1991 mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eingetreten sei, sei ein großer Irrtum vieler Ukrainer gewesen. Auch Adam MICHNIK, Chefredakteur der polnischen linksliberalen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, sieht mit dem *Euromajdan* eine grundsätzliche Wende gekommen und vergleicht die Bewegung mit der *Solidarność* in der Volksrepublik Polen. Allerdings müsse die Ukraine nun auch selbstkritisch mit der politischen Vergangenheit im eigenen Land umgehen und dürfe nicht den typischen Fehler junger Demokratien machen, die Schuld am bisherigen Versagen des Staats bei anderen zu suchen. Dass diese Gefahr besteht, zeigt der Einwand des ukrainischen Schriftstellers Juri ANDRUCHOWYTSCH (Iwano-Frankiwsk), die distanzierte Haltung der Europäischen Union nach der Orangen Revolution von 2004 sei ein wichtiger Grund für die Entwicklungen in der Ukraine in den vergangenen zehn Jahren. Die EU gilt vielen Ukrainern noch immer als Sehnsuchtsort: Abgesehen vom sozialen Wohlstand, den sie verheißt, seien Rechtsstaatlichkeit, Reisefreiheit und soziale Mobilität zentrale Werte, die die Ukrainer mit der EU

verbinden. Prochasko sprach vom „Mythos Europa“, der sich nach 1989 entwickelt habe. Nährboden dieses Mythos sei die Hoffnung gewesen, dass der ewige Friede nun erreicht sei. Mythen seien identitätsstiftend, gäben Kraft, Energie und Zuversicht für den Aufbau von etwas Neuem. Zugleich verdeckten und kaschierten sie Unterschiede und Gegensätze, so Prochasko. Lange hätten die Ukrainer gedacht, sie würden früher und später äh-



nlich in der EU willkommen geheißen wie die Polen, Tschechen und Ungarn. Doch das erwies sich als Irrtum: Europa habe die Ukraine abgespalten und abgedrängt. Dass die Ukrainer dennoch an ihrem positiven, zuweilen idealisierten Bild von der EU festgehalten hätten, sollte Denkanstoß für die Bürger der EU sein, über das eigene weit verbreitete negative Bild von der EU zu debattieren, so Prochasko.

Juri Andruchowytsch, Manfred Sapper, Adam Michnik

Andruchowytsch fordert von der EU eine klare europäische Perspektive für die Ukraine. Diese Forderung scheint vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegenüber der Ukraine dringender denn je. Michnik bewertete die russische Intervention auf der Krim und in der Ostukraine als den Versuch Putins, innere Probleme zu lösen, indem er äußere Spannungen schafft. Im Kreml herrsche Angst vor dem „Gespenst“ *Majdan*. Diese Angst speist sich Prochasko zufolge vor allem aus der Tatsache, dass in der Ukraine eine pluralistische Revolution stattgefunden habe: Die Menschen hätten bewiesen, dass es trotz der sprachlichen und kulturellen Unterschiede möglich sei, für ein gemeinsames Ziel zu kämpfen – den Sturz des autoritären Systems. Dieser Umstand sei der eigentliche, gesellschaftliche Erfolg der Revolution. Die Frage nach der Identität müsse jeder für sich selbst beantworten.

Dabei sei es vollkommen irrelevant, wie der ukrainische Schriftsteller Andrej KURKOW (Kiew) betonte, in welcher Sprache diese Antwort gegeben werde – ob auf Russisch oder Ukrainisch: „Es kommt nicht auf die Sprache an, in der man etwas sagt, sondern darauf, was man sagt.“

SIEG AUF GANZER LINIE? DIE EU UND IHRE SKEPTIKER NACH DER WAHL

Europa hat gewählt. Wie erwartet konnten europaskeptische und populistische Parteien in zahlreichen Staaten beträchtliche Stimmenanteile erringen, etwa in den Niederlanden, Großbritannien oder in Italien. Das erschreckendste Beispiel ist wahrscheinlich Frankreich, das seit jeher gemeinsam mit Deutschland der Motor der europäischen Integration war und in dem mit dem Front National nun eine EU-feindliche und rechtsextreme Partei stärkste Kraft wurde.

Wie ist der Wahlerfolg der europakritischen Parteien zu bewerten? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen zwischen diesen Parteien? Wie gefährlich für den parlamentarischen Prozess könnten diese Kräfte im künftigen Europäischen Parlament werden? Diesen Fragen gingen die Heinrich-Böll-Stiftung und die DGO bei einer gemeinsam durchgeführten Podiumsdiskussion in Form einer Wahnachlese am 28. Mai nach. Kai-Olaf LANG von der Stiftung Wissenschaft und Politik wies dabei zunächst auf die Tatsache hin, dass populistische Parteien dieses Mal vorwiegend in West- und weniger in Osteuropa erfolgreich waren, wie das bei vorangegangenen Wahlen meistens der Fall war. In Osteuropa zeige sich vielmehr das Aufkommen neuer, unkonventioneller

Podiumsdiskussion
28. Mai 2014, Berlin

In Kooperation mit der
Heinrich-Böll-Stiftung

Bericht:
Christian Schwöbel
Heinrich-Böll-Stiftung

Anti-Establishment-Parteien wie etwa der Partei Ano des tschechischen Finanzministers Andrej Babiš. Es bleibt Lang zufolge abzuwarten, wie sich diese neuen Kräfte in Zukunft entwickeln und was ihre Zielsetzungen sein werden. Insgesamt habe sich in Ost-, aber auch in West- und Südeuropa gezeigt, dass „brachialer Radikalismus“ in Europa keine Chance mehr hat. Erfolgreicher sei das Modell, das im modernen, scheinbar gemäßigten Gewand daher kommt und versucht, in der bürgerlichen Mitte zu punkten, wie das beispielsweise Marine Le Pen in Frankreich gelungen ist.

Dieses Phänomen brachte Nils Minkmar in der FAZ jüngst mit dem Begriff „Camembert-Faschismus“ auf den Punkt. Doch wie gefährlich diese modernisierten rechtsextremen Parteien wie der Front National in Frankreich oder die Partei von Gert Wilders in den Niederlanden tatsächlich sind, darauf wollten sich die Podiumsteilnehmer/innen noch nicht festlegen. Ulrike GUÉROT von der Open Society Initiative for Europe lenkte stattdessen den Blick auf die Wählerschaft und gab zu bedenken, dass die meisten Leute in Frankreich nicht den Front National wählten, weil sie rechtsradikal sind. Der Hauptgrund sei ihre Unzufriedenheit und ihr mangelnder Glaube daran, dass sie im heutigen Frankreich noch etwas erreichen können. In der Hoffnung, dass sich daran mit dem Front National vielleicht etwas ändert, seien diese Wählergruppen auch bereit, deren Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu akzeptieren. Vor diesem Hintergrund warnt Guérot davor, die Wählerinnen und Wähler populistischer Parteien zu stigmatisieren. Viele Populisten stellten durchaus die richtigen Fragen: Deregulierung, der Abbau sozialer Sicherungssysteme seien tatsächliche Probleme in Europa, die die EU wenn nicht primär vorantrieb, so doch zumindest beschleunigte. Allerdings seien die Antworten auf diese Probleme, die populistische Parteien anböten, allen voran den Rückzug ins Gehäuse des Nationalstaats, die falschen.

Dies fand die Unterstützung des noch amtierenden Vorsitzenden der tschechischen Grünen, Ondřej LIŠKA. Er hält es für falsch, dass sich viele etablierte Parteien einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung mit den Populisten verweigerten und sie stattdessen pauschal diskreditierten. Dies werde einerseits den zum Teil berechtigten Sorgen der Wählerinnen und Wähler nicht gerecht, die populistische Parteien geschickt aufgreifen. Zum anderen beraube man sich dadurch der Chance, die vereinfachten und unzureichenden Lösungsansätze der Populisten argumentativ zu entlarven. Jedoch warnt Liška auch davor, die Bedeutung der Wahlerfolge von Parteien wie UKIP in Großbritannien oder eben dem Front National überzubewerten, da es sehr wahrscheinlich aufgrund der zu unterschiedlichen Zielsetzungen dieser Parteien keine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene geben werde. Eine große Koalition der Europagegner im Europäischen Parlament wird es wohl nicht geben.

Einig waren sich alle Diskutantinnen und Diskutanten in ihrer Sorge über die erneut niedrige Wahlbeteiligung von europaweit nur 43,1 Prozent. Zwar konnte der stete Abwärtstrend der Wahlbeteiligung seit der ersten Europawahl 1979 zum ersten Mal gestoppt werden – 2009 gingen sage und schreibe 0,1 Prozent weniger Leute zur Wahl als 2014. Doch insbesondere angesichts der Aufwertung des Europäischen Parlamentes durch den Lissabon-Vertrag, der dramatischen Situation in der Ukraine und nach mehreren Jahren Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa, was die Bedeutung der europäischen Ebene eigentlich nachdrücklich deutlich gemacht haben sollte, kann dies nun wirklich nicht als Erfolg gewertet werden. Vielmehr liegt hier die große Gefahr für die Europäische Union, die vielleicht noch größer ist als die Bedrohung durch Populisten von rechts und links: die schweigende Mehrheit. Diese Mehrheit findet Europa im Prinzip gut, schätzt die offenen Grenzen und ist froh, bei Reisen in den Großteil der EU-Staaten kein Geld mehr wechseln zu müssen. Doch nimmt sie dies als mehr oder weniger selbstverständlich hin. An einen wirklichen Zusammenbruch der Europäischen Union und damit auch den Wegfall dieser Vorteile glaubt im Grunde niemand, weswegen man sich auch nicht für sie einsetzen muss. Dabei kann alles ganz schnell gehen: 2017 könnte zum wahren Schicksalsjahr der EU werden, wenn nämlich Großbritannien ein Referendum über seine EU-Zugehörigkeit abhält und in Frankreich ein neuer Präsident gewählt wird – beziehungsweise eine neue Präsidentin, die Marine Le Pen heißen könnte.

Bleibt zu hoffen, dass der EU nicht das gleiche Schicksal droht wie der Sowjetunion. Deren Untergang hing, wie Ivan Krastev vom Zentrum für liberale Strategie in Sofia einmal formulierte, nicht unwesentlich damit zusammen, dass sich bis zum Schluss niemand vorstellen konnte, dass er tatsächlich eintritt.

IMPRESSUM

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung: Dr. Gabriele Freitag

Tel.: +49 (0) 30 214 784 12

Fax.: +49 (0) 30 214 784 14

E-Mail: info@dgo-online.org

Web: www.dgo-online.org

Redaktionsschluss: 23.06.2014

